Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

Jenaer Erklärung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft, September 2019: „Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung“

- **Podemos-Abspaltung: Republikanisch-ökologisches Parteiprojekt beteiligt sich an den spanischen Parlamentswahlen im November**
- **„Sarotti-Mohr“: Die Auseinandersetzung war ein Anstoß zum Nachdenken über Alltagsrassismus …**
- **Mehr Rechte für Europäische Betriebsräte?**
- **Körperschaftsstatus für islamische Religionsgemeinschaften?**
- **Kalenderblatt, 1. März 1883: Die Geburt der Arbeiter- und Gewerkschafts-bewegung in Bulgarien**

Ausgabe Nr. 10 am 10. Oktober 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

23. Juni 2016 – 51,89 % für Brexit (17,4 Millionen Briten): Folgen für Irland

Eva Detscher, Karlsruhe

Es lohnt der Blick auf den EU-Mitgliedsstaat, der von allem am direktesten betroffen sein wird: die Republik Irland.

Einige Fakten vorweg:

1973 – Nordirland (Teil Großbritanniens, des UK) und die Republik Irland gehören zur EU. Die Grenzkontrollen waren „ähnlich rigoros wie früher an der Grenze zur DDR“ [1]. 1998 – Karfreitagsabkommen: Sperren und Wachtürme verschwinden, die verbindende Infrastruktur wurde ausgebaut. 2016 – 44% der Nordiren stimmen für den Brexit. 2017 Vorschlag Backstop: gemeinsamer Zollraum UK mit Resteuropa, bis die Handelsbeziehungen neu geregelt seien (Verhandlungslösung zwischen EU und Theresa May; Barnier dazu: „Wir haben uns jede Grenze auf dieser Erdkugel angesehen, jede Grenze zwischen der EU und einem Drittland – es ist einfach nicht möglich, Kontrollen dort völlig zu beseitigen“) – abgelehnt vom britischen Parlament, keine Option für Johnson. September 2019 – Johnson-Vorschlag: Zollstellen acht bis 16 km von der Grenzlinie entfernt auf beiden Seiten, elektronische Warendeklaration und -kontrolle, Stichproben. Dies wird von der irischen Regierung strikt abgelehnt, weil jeder Kontrollposten Ziel von Anschlägen sein könnte, daher die Polizei bewachen müsste, und im Falle eines Angriffs auf diese sofort die britische Armee anrücken würde. Damit wäre das Karfreitagsabkommen hinüber. Außerdem ist der – dem Carnet-TIR-Verfahren [3] angelehnte – Vorschlag tatsächlich nur für große Firmen und teure Produkte praktikabel. Dem Verband der Fracht- und Transportunternehmer zufolge wäre der Backstop die deutlich bessere Lösung.

Wirtschaftliche Daten

Der innerirische Handel ist sehr ausgeprägt, bei vielen Produkte überqueren Rohstoffe und Teilprodukte bis zu ihrer Endfertigung mehrmals die Staatengrenze – unauffällig und regelmäßig, bis zu 14 000 Lastwagen queren sie täglich. Der große britische Markt und die Handelsrouten, die sich aus der geographischen Lage der Republik Irlands ergeben, stellen wirtschaftlich die größte Herausforderung dar: „Uber 80 % der irischen Exporte mit Kontinentaleuropa werden nach Großbritannien verschifft und dort zunächst per LKW über Land an die südöstlichste Spitze der britischen Insel gebracht. Anschließend erfolgt der Weitertransport hauptsächlich mit der Bahn durch den Eurotunnel unter dem Ärmelkanal hindurch ins französische Calais. Das nachfolgende Schaubild zeigt diesen Transportweg auf: (Quelle: [2])

Umschiffen der britischen Insel kostet viel Zeit, die Transportwege würden sich deutlich verlängern. Bei Nutzung der Route über die britische Insel würden die Zollformalitäten und -kontrollen alles langsamer und teurer machen. „Die WTO schätzt, dass die Bearbeitung von Zollangelegenheiten durchschnittlich 8 % der Importkosten ausmacht.“ [2]

Bedingungen der EU

Am 17./18. Oktober wird erneut ein EU-Gipfel zum Brexit stattfinden, die Verhandlungen wurden bereits am 7.10. wieder aufgenommen. Der EU-Ratsvorsitzende Antti Rinne, finnischer Ministerpräsident, will schriftliche Alternativvorschläge von Johnson, die erstens das Karfreitagsabkommen, zweitens den funktionierenden Binnenmarkt und drittens die Einheit der EU bewahren müssen. Rinne geht davon aus, dass beim Gipfel eher über einen neuen Verschiebungsantrag für den Austrittstermin gesprochen werden wird, da keine Lösung für die irische Insel greifbar ist. Johnsons hat dazu noch ein As aus dem Ärmel gezogen: eine Variante (nicht neu, aber plakativ in Szene gesetzt), die behauptet, sowohl den inneririschen Handel bei Beibehaltung der Produktstandards wie dem nordirischen Regionalparlament das letzte Wort zu geben: Es soll am Anfang zustimmen und dann alle vier Jahre wieder. Was Johnson ausblendet: die im Karfreitagsabkommen vereinbarte Machtteilung zwischen Katholiken und Protestanten ist im Moment faktisch nicht möglich, da die Regionalregierung seit zweieinhalb Jahren suspendiert ist. Sinn Fein („Für ein Vereinigtes Irland“) und DUP (die nordirische Unionistenpartei: „Keine Sonderregelung für Nordirland, um den Bund mit London nicht zu schwächen“) reden nicht mehr miteinander. Unter diesen Umständen könnten beide ein Veto in der Hand haben, was die gesamte europäische Handelspolitik betreffen würde.

Die innerirische Grenze als Außengrenze der EU

Die irische Regierung stellt umfängliche Dienstleistungsangebote für Firmen aller Art und für Produkte aller Art zur Verfügung, um die Unternehmen auf einen harten Brexit Ende Oktober vorzubereiten. [4] Besondere Aufmerksamkeit erhält der Handel (Luft-, Land- und Seewege) mit dem Vereinigten Königreich wie auch über das UK in die EU und andere Staaten. Da Irland (wie auch UK, Kroatien, Bulgarien und Rumänien) nicht zum Schengen-Raum gehören, muss auch die Frage der Sicherung der inneririschen Grenze als Außengrenze der EU ganz neu verhandelt werden. [5]

Andere Optionen?

Der ehemalige Vorsitzende des WTO-Berufungsgremiums in Genf, Giorgio Sacerdoti, schlägt ein Zollregime nur für in Irland hergestellte Produkte als ein Element einer Lösung vor, alle anderen Produkte würden den üblichen Zollvorschriften zwischen EU und Drittstaaten unterworfen. Er hat dabei die entsprechenden Regelungen für Zypern vor Augen. – Unklar und völlig offen ist darüber

Politische Berichte

Zeitung für linke Politik
– erscheint zwölfmal im Jahr

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

hinaus, wie sich die komplexe rechtliche Situation innerhalb UK (Supreme Court, Verfassung, Rechtsbrüche) und auf europäischer Ebene gestalten wird im Falle eines Johnson-Brexits am 31.10. Auf jeden Fall haben die restlichen 26 EU-Mitgliedsstaaten und die Institutionen der EU eine besondere Verantwortung gegenüber dem irischen Staat, und das muss bei den Verhandlungen – selbst mit einem so eigenartigen Premier wie Johnson – immer berücksichtigt werden.

[1] FAS 6.10.19, Thomas Gutschker

[2] Hanns Seidel Stiftung: Die irische Wirtschaft im Kontext des Brexits. Chance für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit den EU-Staaten. In Argumentation Kompakt 4/2018

[3] Auf der Webseite des deutschen Zolls nachzulesen: https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Zoelle/Zollverfahren/Versandverfahren/Carnet-TIR/carnet-tir_node.html

[4] https://www.gov.ie/en/publication/a7ba02-brexit-info/

[5] http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/153/grenzschutz-an-den-außengrenzen

[6] Zu Handel und Wirtschaft von Irland, siehe: https://europa.eu/european-union/about-eu/countries/member-countries/ireland_de#handel-und-wirtschaft

Österreich hat neugewählten Nationalrat

Augustin Kargl, Steiermark

Die Auszählung hat etwas gedauert, fast eine Million wählte mittels Wahlkarte und eine erneute Anfechtung der Wahl wegen voreiligem Auszählen dieser Wahlkarten sollte vermieden werden. Die FPÖ hätte es vermutlich gerne gemacht. Eine ordentliche Schlappe für die österreichische Rechte. Aber trotz Ibiza, wo Strache bekanntlich die Republik gerne an eine russische Oligarchin verscherbelt und sich die „Kronenzeitung", Österreichs „Bild", unter den Nagel gerissen hätte, verlor die FPÖ kaum in den Wahlprognosen. Erst als bekannt wurde, was sich „Saubermann" Strache, der Vertreter des kleinen Mannes, alles an Sonderzahlungen genehmigt hatte, verloren doch viele FPÖ-Sympathisanten das Vertrauen. Vermutlich gingen auch die Machenschaften des Innenministers Kickl (Überwachungsstaat, eigenwillige Personalpolitik, Ausländerhetze) zu weit. Trotzdem bleiben weit über 760.000 Stimmen für die FPÖ unerklärlich.

Sebastian Kurz war der Favorit dieser Wahl, die türkisblaue Partei führte in allen Vorhersagen und hat auch klar gewonnen. Er bereiste Österreich und suchte – perfekt gemanagt und medienwirksam – offensichtlich sehr erfolgreich den Kontakt mit der Bevölkerung.

Seine Reformankündigungen, schaumgebremstes Schüren der Ängste vor Ausländern und dem Islam, ergänzt durch die „Androhung" der Fortsetzung der bisherigen Politik, reichten, um 37% der abgegebenen Stimmen zu erhalten.

Die SPÖ und die neue Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner haben die politischen Verhältnisse doch falsch eingeschätzt, als sie gemeinsam mit der FPÖ die Regierung abwählten. Kurz bot nach der Abwahl keine Angriffsfläche mehr und Rendi-Wagners Parole „Gerechtigkeit wird siegen" führten nicht zum Sieg, sondern zur schwersten Wahlniederlage der SPÖ in der Zweiten Republik.

Die Neos (im Europäischen Parlament in der Gruppe der Liberalen) schafften den Wiedereinzug ins Parlament mit 8 % Prozent. In ökonomischen Fragen scheinen die Neos als Vorreiter der ÖVP, aber das kritisches Auftreten zum Beispiel gegenüber den Vorkommnissen im BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) unter Verantwortung von Minister Kickl, sowie das korrekte Verhalten in der Asylantenfrage, brachte bestimmt Stimmen.

Werner Kogler führte die Grünen wieder zurück ins Parlament. Bei der letzten Nationalratswahl sind sie nach einer Spaltung gescheitert. Klare Ansagen gegen den Rechtspopulismus und das Versprechen eines aktiven Kampfes gegen die drohende Klimakatastrophe machte die Grünen zu den zweiten Gewinnern dieser Wahl.

Für das Wahlbündnis unter Führung der KPÖ war das Ergebnis der Nationalratswahl enttäuschend (0,7%). Mirko Messer, KPÖ Bundessprecher: „Wir kamen gegen die zweifache Dynamik des Wahlkampfes nicht an – ‚Rettet die Sozialdemokratie' hieß die eine, und ‚Grüne wieder ins Parlament' die andere. Dazu das mediale Mantra von der ‚verlorenen Stimme'. Bis daher nichts Neues, sondern Altbekanntes. Neu vielleicht das linke Stimmen-Splitting, indem der Wandel [linksgrüne Partei, 0,5%] der KPÖ mehr Stimmen abnahm als viele erwartet haben". Auch in Graz erreichte das Wahlbündnis nur mehr 2,2%.

Die SLP, Sozialistische Links Partei, kandidierte nur in Oberösterreich und fand 320 WählerInnen.

Bundespräsident Van der Bellen hat Sebastian Kurz („Türkis") mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Medien liebäugeln mit „Türkis-Grün", Grünenchef Kogler hat aber schon gedroht, dass es einen Mitterechts-Kurs, von dem Kurz träumt, mit den Grünen nicht geben wird.

Es wird spannend. Gelassener dürften es die 4853 Wähler der Bierpartei sehen.

Parlamentswahlen in Polen – eine Rückkehr der Linken?

Jakub A. Kus, Warschau

Wahrscheinlich wird es bei den Parlamentswahlen in Polen im Oktober keine großen Überraschungen geben. Die regierende national-konservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit – PiS) hat zusammen mit ihren Satelliten laut allen Umfragen eine stabile Unterstützung ihrer Wählerschaft von über 40%. Laut den meisten Umfragen vor der Wahl kommen mit Sicherheit drei Gruppierungen ins polnische Parlament: die regierende Prawo i Sprawiedliwość, Koalicja Obywatelska (die dominierende Platforma Obywatelska und kleinere Parteien – die Zieloni, Nowoczesna, Inicjatywa Polska) mit einer Unterstützung von 26 bis 28% sowie die Linke im Komitet Sojuszu Lewicy Demokratycznej mit einer geschätzten Unterstützung von 10 bis 14%. An der Grenze zur Wahlschwelle von 8% sind die konservative Koalicja Polska, welche um die ehemalige Bauernpartei Polskie Stronnictwo Ludowe gruppiert ist sowie die extrem rechte und nationalistische Konfederacja.

Unbekannt bei den Wahlen in Polen wird also hauptsächlich das Ausmaß des Sieges von Prawo i Sprawiedliwość sein. Im Fall einer sehr hohen Wahlbeteiligung hat bei dem geltenden D'Hondtschen System, wenn nur drei Gruppierungen ins Parlament kommen, die PiS die Chance auf die Verfassungsmehrheit.

Bezüglich der Senatswahlen hat die Opposition (mit Ausnahme der nationalistischen Konfederacja) sich in Sachen gemeinsamer Kandidaten geeinigt, was ihr eine Chance bei der Konfrontation mit der Regierungspartei gibt. Bei den polnischen Senatswahlen gelten Ein-Mandat-Wahlbezirke.

Die wichtigsten Änderungen könnten aber die Linke betreffen. Nach einer Legislaturperiode der Abwesenheit im Parlament besteht eine Chance dieses politische Spektrum wieder aufzubauen. Drei linke Gruppierungen: die „alte" Sojusz Lewicy Demokratycznej, die neue Wiosna und die radikalste von ihnen, Lewica-Razem, haben sich nicht nur auf gemeinsame Listen, sondern auch auf ein gemeinsames Programm geeinigt. Dies war sicherlich nicht einfach, denn die SLD hat auf ihrem Konto, als sie

Regierungspartei war, viele neoliberale Sünden in der Wirtschaft, Wiosna ist radikal, wenn es hauptsächlich um sittliche Fragen und Bürgerrechte geht und die junge Partei Lewica-Razem greift das bestehende System heftig an und war den Postkommunisten aus der SLD nicht wohlgesonnen. Dennoch hat die vereinte Linke bei diesen Wahlen eine Chance, ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen und eine gemeinsame Parlamentsfraktion zu bilden. In Polen wird gesagt, dass die neoliberale Koalicja Obywatelska zu wenig konkret, immer noch wirtschaftlich neoliberal, zu konservativ ist und sich mit der Niederlage abgefunden hat. Die Linke bricht in ihrem Programm mit dem wirtschaftlichen Neoliberalismus, hat aber ein Problem mit ihrem Sozialprogramm. Die regierende PiS hat in den letzten Jahren ein umfassendes Programm der Vergabe von sozialen Leistungen, das an die ärmeren gesellschaftlichen Gruppen gerichtet war, umgesetzt. Dies wurde von der guten wirtschaftlichen Konjunktur und einer wirksamen Eintreibung von Steuern begünstigt. Ein Teil des Sozialprogramms von PiS wurde aus den Programmen der linken Parteien übernommen. Es ist also schwer, bezüglich Wahlversprechen mit denen zu konkurrieren, die Geld haben und es intensiv ausgeben, indem sie die Wählerschaft „kaufen". Die Linke präsentiert Vorschläge von vernünftigen Systemlösungen im Bereich des Gesundheitswesens (ein Thema das, angesichts der Krise im staatlichen Gesundheitssystem, besonders heikel ist) und auf anderen Gebieten, kann aber die PiS in Wahlversprechen nicht übertrumpfen. Anders ist es im Bereich der sittlichen Fragen, der Freiheit und des Wiederaufbaus von demokratischen Institutionen. Hier konfrontiert sich die Linke entschieden mit der autoritären PiS, sie fordert eine Säkularität des Staates und die Beschränkung der aggressiven Politik der katholischen Kirche, Toleranz gegenüber Minderheiten und ein Bildungssystem, das verschiedene Weltanschauungen akzeptiert. Auf diesem Gebiet unterscheidet sich die Linke von der wenig konkreten Koalicja Obywatelska. Wenn die polnische Linke keine ihrer alten Fehler, die zu einer Zersplitterung führen könnten, macht, werden die nächsten Jahre eine Zeit des Aufbaus einer starken politischen Position und eines Programms sein, das auch im wirtschaftlichen Bereich attraktiv und konkret sein wird. Eines scheint sicher zu sein – die Linke in Polen kehrt in die politische Erste Liga zurück.

Jede Menge Zonen: Wie der Kreuzzug der polnischen Rechten gegen die LGBT-Community fehlschlug

Stanislaw Kus, Warschau

Polens erzkonservative Regierungspartei PiS befeuert regelmäßig Bigotterie. Slogans über von Keimen geplagte Flüchtlinge oder die Jugend demoralisierende Lehrer sprudeln permanent aus den Mündern der Parteikader, mobilisieren die Basis der PiS und kreieren einen ganzen Karneval von Feinden. Dies funktioniert in der Regel ganz gut. Da die parlamentarische Opposition aus unfähigen sozial konservativen Neoliberalen besteht, breitet sich Hass schürende Politik der PiS unangefochten aus. Vor diesem Hintergrund könnten die vergangenen Monate den Beginn eines entscheidenden Wandels in der polnischen Politik bedeuten. Zum ersten Mal seit Beginn der „Black Protest" Bewegung (einer breiten Bewegung gegen die wirksame Kriminalisierung von Abtreibungen im Jahr 2016) wurde der Rhetorik der Partei erfolgreich begegnet.

Die Parteispitzen der PiS sind niemals von ihrer Linie der Homophobie abgewichen, und bis zum Mai dieses Jahres war sie zentral in ihren politischen Reden. Dann wurde ein hochkarätiger Dokumentarfilm der Sekielski-Brüder veröffentlicht. Im Mittelpunkt des Films Tylko Nie Mów Nikomu (Sag es niemandem) entlarvt er eine Reihe Prominenter innerhalb der polnischen katholischen Kirche. Die PiS, die für ihre engen Beziehungen zu den reaktionärsten Elementen der Kirche bekannt ist, startete eine Reihe von Angriffen gegen LGTB-Personen, bei denen Homosexualität mit Pädophilie gleichgesetzt wurde, um die Schuld von den Verbündeten der Partei abzuwenden. Um diese Zeit begann ein Zitat des Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński in Umlauf zu kommen, das als kurzlebiger Slogan dienen sollte. „Hände weg von unseren Kindern", riefen die Verteidiger der Pädophilen. Die Neoliberalen im Parlament haben es in dieser Auseinandersetzung wie üblich nicht geschafft, über leere Appelle an die Zivilgesellschaft hinauszugehen.

Die Dinge spitzten sich dann am 20. Juni zu, als am Ende einer ungewöhnlich großen Welle von Pride-Märschen der LGTB-Bewegung im ganzen Land, mindestens teilweise motiviert durch die explosive Rhetorik von Kaczyński und Co., ein Marsch in Białystok von neofaschistischen Gruppen angegriffen wurde. Wieder versuchte die PiS die Schuld auf die marginalisierten Gruppen zu lenken und verbreitete Gerüchte über Provokateure. In der darauffolgenden Woche verbreitete die Gazeta Polska, eine an der PiS orientierte Zeitung, eine Ausgabe, die Aufkleber mit der Aufschrift „streffa wolna od LGTB" (LGTB-frei Zone) enthielt. Die folgende Empörung der liberalen Öffentlichkeit und die Berichterstattung in den Medien führte dazu, dass ein Warschauer Gericht die Auslieferung der Ausgabe untersagte – obwohl die in dem Zusammenhang erzeugte öffentliche Aufmerksamkeit zu einer vorübergehenden Auflagensteigerung der Gazeta Polska und anderer vergleichbarer Lumpenblätter beitrug. Die liberale Gazeta Wyborcza brachte daraufhin einen Aufkleber mit der Aufschrift „strefa wolna od nienawiści" (Hass-freie Zone) heraus, während die Leute die sich insgesamt von dem Konzept der „Zonierung" abgrenzten, schließlich „streffa wolna od streff" (Zonen-freie Zone) herausbrachten. Die parlamentarische Opposition schwankte in diesem Prozess und verlor in den Meinungsumfragen an Zustimmung.

Die Situation, so traurig und verwirrend sie auch sein mag, ermöglichte eine unerwartete Öffnung der polnischen politischen Szene, führte zu einer zwar fragilen, aber neuen Koalition von Parteien (Razem, Wiosna, SLD, bekannt als Lewica) aus dem linken und mittleren Spektrum. Es ist der Versuch, ins Parlament zurückzukehren, und es stellte sich in dem Konflikt heraus, dass es die einzige Gruppierung war, die sich nicht auf höfliche Floskeln beschränkte, sondern bereit war, die LGTB-Gemeinschaft unmissverständlich zu unterstützen, während die PiS, ihre neofaschistischen Lakaien und die Kirche verurteilt wurden. Wäre nicht das „Zonen"-Debakel eingetreten, hätte die aufstrebende Linke wahrscheinlich keine gemeinsame Sprache finden und sich nicht um ein zentrales Thema gruppieren können. Während die parlamentarische Opposition verliert, ohne in der Lage zu sein, zusammenhängende Gedanken zu formulieren, entsteht gerade eine neue Linke, die die PiS sowohl in Bezug auf ihre Ansätze bezüglich sozialer Fragen, als auch in Bezug auf ihre Form des Wirtschaftens herauszufordern in der Lage ist. Zwar dürfte die PiS die bevorstehenden Parlamentswahlen gewinnen, sie wird aber in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr ideologisch und rhetorisch unangefochten dastehen.

Übersetzung aus dem Englischen und redaktionelle Bearbeitung: Rolf Gehring

Podemos-Abspaltung: Republikanisch-ökologisches Parteiprojekt beteiligt sich an den spanischen Parlamentswahlen im November

Claus Seitz, San Sebastián

Die regionale Wahlplattform Más Madrid (mehr Madrid) wird mit Iñigo Errejon (Ex-Nr. 2 von Podemos) als Spitzenkandidat in der Provinz Madrid zu den Parlamentswahlen im November antreten. Compromis (Regionalpartei in der autonomen Region Valencia), Chunta (Regionalpartei in der Region Aragonien) und die Umwelt-Partei Equo haben sich der Initiative angeschlossen.

In bis zu fünfzehn Provinzen mit mindestens sieben Abgeordnetensitzen sollen Listen eingereicht werden. Sicher ist bis jetzt die Kandidatur aber neben Madrid nur in weiteren großstädtischen Provinzen wie Valencia, Zaragoza und Murcia.

Begründung für die Kandidatur: Verhindern, dass die Enttäuschung wegen der gescheiterten Verhandlungen zur Regierungsbildung im progressiven Spektrum zur Wahlenthaltung führt und eine progressive Regierung ermöglichen. Errejon zu den gescheiterten Verhandlungen zwischen den Sozialisten (PSOE) und Podemos: „Ich weiß nicht, wen mehr Schuld trifft, das scheint mir auch nicht entscheidend. Parteiinteressen waren aber wichtiger als die Interessen des Landes."

Zur Vorgeschichte

Podemos gründete sich am 11. April 2014 vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Krise und der Korruptionsskandale der regierenden Volkspartei und der von der Bewegung 15-M der Indignados („Empörte") ausgelösten Proteste. Bis zur ersten Beteiligung an den spanischen Parlamentswahlen am 20.12.2015 gelang es Podemos verschiedenste linke politische Strömungen im Wahlbündnis mit starken regionalen Kräften in Katalonien, Galicien und Valencia zu einen. Zudem konnte die ökologische Partei, Equo, auf staatlicher Ebene in Podemos integriert werden. Equo hält im Rahmen von Unidos Podemos heute Sitze im spanischen Parlament, im Europaparlament und in den Parlamenten verschiedener autonomer Regionen.

Auf Anhieb erzielte Podemos 5,19 Millionen Stimmen (20,66 %). Die getrennt kandidierende traditionelle linke spanische Partei Vereinigte Linke (IU) fiel auf 0,92 Millionen Stimmen (3,68 %) zurück. Damit blieb Podemos nur knapp hinter den Sozialisten.

Nach dem erstmaligen Scheitern von Verhandlungen zu einem Regierungsbündnis PSOE-Podemos, schloss Podemos in der Hoffnung, damit die Sozialisten überflügeln zu können, zu den Neuwahlen am 26. Juni 2016 gegen die Stimmen interner Kritiker ein Bündnis mit der Vereinigten Linken unter dem Namen Unidos Podemos. Wenn man so will, „das breitest mögliche Bündnis". Das Ergebnis war enttäuschend. Unidos Podemos verlor eine Million Stimmen im Vergleich zu Podemos plus IU (5,05 Mio., 21,1 %).

Bei der Aufarbeitung der gescheiterten Verhandlungen und der Wählerverluste auf dem Kongress Vistalegre 2 formierte sich eine kritische Strömung um Iñigo Errejon.

Errejons Analyse zum damaligen Wahlergebnis:

„Am 20.12.2015 gewährten die Spanier 5 Millionen Stimmen, diese 5 Millionen waren aber nicht monolithisch, sie waren unterschiedlichster Herkunft. Das hätte man ernst nehmen müssen. Im gegebenen Moment entschied Podemos einen anderen Weg einzuschlagen und auf die Transversalität (sinngemäß wohl: „das Überschreiten politischer Lager") zu verzichten. Das macht es sehr schwierig ein fundamentaler Akteur im politischen Wandel, der Modernisierung und der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit in unserem Land zu sein. Das historische

DOK: Iñigo Errejon zur politischen Ausrichtung des neuen Parteiprojekts

Más Madrid hat eine spannende Aufgabe und einen langen Weg vor sich, sich als politische Kraft in Madrid zu formieren, für die Grün und Umweltschutz nicht nur eine Ergänzung ist, sondern die zentrale Achse ihres Programms.

Es gilt, die ökologische Krise und den Wandel zu einer ökologischen Politik auszunutzen, um soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und unsere Gesellschaften zu demokratisieren.

Ein anderes politisches Projekt, das lernwillig ist, grün, aufmerksam, mit einer republikanischen politischen Kultur im Sinne der Pflege der Institutionen, beginnend bei den eigenen.

Wir wollen zwei politische Kulturen kreuzen ... Die starke republikanische Überzeugung, dass es ohne Gleichheit keine Freiheit gibt. Wenn Du Angst hast, dass sie Deinen Arbeitsvertrag nicht verlängern, dass es keinen Platz für Deine Eltern im Altersheim gibt oder keinen Platz in der Vorschule und Deine Kinder unter ungleichen Bedingungen im Wettbewerb stehen, wenn Du Angst hast, bist Du nicht frei. (...) Soziale Gerechtigkeit ist ein grundlegender Bestandteil der Demokratie und soziale Gerechtigkeit und Freiheit müssen Hand in Hand gehen. Und gleichzeitig eine grüne Empfindlichkeit für das, was die größte Herausforderung ist, der unser Planet und unsere Gesellschaften gegenüberstehen: dass wir so nicht weiterleben können, weil wir mehr konsumieren, als unser Planet nachhaltig verkraften kann, dass wir unsere Produktions-, Verteilungs- und Konsummethoden verändern und in Verbindung bringen müssen. Und dass dies eine ungeheure Chance ist, unsere ökonomischen Einrichtungen zu modernisieren und soziale Gerechtigkeit herzustellen. Die republikanische Freiheitsidee, der Freiheit als Leben ohne Furcht, als Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit mit dem Umweltschutz zu vereinen, scheint mir eine spannende Aufgabe ... in den USA z.B. mit Ocasio-Cortez oder Bernie Sanders. Auf dieser Linie kommen einige der interessantesten Erneuerungen.

Die nächste Regierung muss eine Regierung sein, die sich dem ökologischen Wandel, der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, dem Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und der Schaffung von Reichtum vermittels des ökologischen Wandels unserer Wirtschaft und einer digitalen Wirtschaft verpflichtet.

Es gibt eine zentrale Linie, die für uns nicht nur ein Programmabsatz ist: der ökologische Wandel unserer Wirtschaft. Wir bekennen uns als grüne Kraft, die versteht, dass die politische Ökobewegung ein Hebel der wirtschaftlichen Modernisierung und des Wandels zu einem angenehmeren und lebenswerteren Dasein ist. Wir haben in Madrid viele grüne Vorschläge für die Region gemacht.

Quellen: Verschiedene Interviews mit Errejon in eldiario.es 2019

Projekt der Linken ist nicht, die Linken zu einigen, sondern das Leben der einfachen Menschen zu verbessern, egal wen sie auch wählen, eine nützliche politische Kraft zu sein, die verändert, und die die Fähigkeit hat, Menschen, die sehr verschieden sind, zu vereinen. (...) Man setzte stärker darauf, nach innen zu schauen und die traditionelle Identität der linken Parteimitglieder zu befriedigen, als von der Gesamtheit des Landes zu sprechen. Zu diesem Zeitpunkt suchte Spanien in uns eine politische Kraft, die es versteht aufzubauen, nicht eine, die sich streitet und den Spaniern erneut Etiketten umhängt. Davon hatte es schon zu viele, und man wählte klar eine Position, die stark der traditionellen spanischen Linke ähnelte und die meiner Meinung nach die Wahlergebnisse der traditionellen Linke zur Folge hat ... Podemos hätte niemals die Transversalität aufgeben und sich mit einer Ecke im linken Lager zufrieden geben sollen."

Auf der Abstimmung im Kongress blieb die Errejon-Strömung mit etwa einem Drittel der Stimmen in der Minderheit. Errejon wurde nach dem Kongress seines Postens als Fraktionssprecher von Podemos im Parlament enthoben und nach Madrid in die zweite Linie abgeschoben, um dort bei den Regionalwahlen im April 2019 zu kandidieren. Ähnlich erging es vielen internen Kritikern.

Die dritte, kleinere Strömung in Podemos, die antikapitalistische, mit starkem Rückhalt in Andalusien, kritisiert vor allem die stark zentralistische Ausrichtung der Partei.

Madrider Erfahrungen

Am 13. Juni 2015 wurde Manuela Carmena, eine unabhängige, linke Juristin, als Kandidatin der Bündnisliste Ahora Madrid, in der Podemos und Vereinigte Linke integriert waren, zur Madrider Bürgermeisterin gewählt. Im Laufe der Legislaturperiode kam es zu scharfen internen Auseinandersetzungen mit Referenten aus Reihen der Vereinigten Linken (IU) und Podemos. Zur Zuspitzung kam es, als in einer Auseinandersetzung um eine Deckelung der städtischen Ausgaben der Wirtschafts- und Finanzreferent Carlos Sanchez Mato (IU) gegen die moderate Linie der Bürgermeisterin eine scharfe Konfrontation mit dem spanischen Finanzminister Montoro führte und die Stadtregierung an den Rand der Auflösung brachte. Carmena trennte sich von Mato im Dezember 2017. Aufgrund der verfahrenen Fronten bildete Carmena unterstützt von Teilen des alten Bündnisses zu den Kommunalwahlen im Mai 2019 eine eigene, unabhängige Liste Más Madrid. Vereinigte Linke und Antikapitalisten kandidierten mit Mato als Spitzenkandidaten unter dem Namen Madrid en Pie. Podemos unterstützte offiziell die Liste Más Madrid mit Carmena. Am Tag vor der Wahl, zu einem Zeitpunkt als bereits klar war, dass Madrid en Pie keine Repräsentation erreichen würde, erklärte Pablos Iglesias jedoch seine Unterstützung für Madrid en Pie.

Bei den Wahlen wurde Más Madrid stärkste Liste in Madrid mit 503.900 Stimmen (30,34 %), Madrid en Pie erreichte mit 42.855 Stimmen (2,63 %) keinen Sitz im Stadtparlament. Beide Listen zusammen erhielten gerade 500 weniger Stimmen als 2015. Manuela Carmena verlor das Bürgermeisteramt knapp gegen die vereinte Rechte.

Zur gleichzeitig stattfindenden Wahl zum Regionalparlament der autonomen Region Madrid entschied sich Iñigo Errejon unterstützt von Manuela Carmena auf der gleichnamigen Liste Más Madrid zu kandidieren. Unidos Podemos stellte sich mit eigener Liste zur Wahl. Más Madrid mit Errejon erreichte mit 14,65 % der Stimmen fast dreimal so viel Stim-

INFO: Das spanische Wahlsystem, Regierungsstabilität, wahltaktische Manöver

Nach dem erneut keine Regierung gebildet werden konnte, finden am 10. November Neuwahlen zum spanischen Parlament statt, die vierte Wahl in nicht einmal vier Jahren.

Zum besseren Verständnis der Situation hier einige Erläuterungen zu den Besonderheiten des spanischen Wahlsystems:

Die Verteilung der 350 Abgeordnetensitze im spanischen Parlament findet nicht auf Basis der auf gesamtstaatlicher Ebene erreichten Stimmen statt, auch nicht auf den in den 17 autonomen Regionen erzielten Ergebnissen. Maßgebend ist das Wahlergebnis in jeder einzelnen der 50 Provinzen und in den zwei autonomen Städten Melilla und Ceutas. In diesen 52 Wahlbezirken erfolgt die Verteilung der Sitze zwischen den Parteien nach dem d'Hondt-System. (Die Regionen Madrid, Asturien, Kantabrien, Murcia, Navarra und La Rioja bestehen aus nur einer Provinz.)

Welche Konsequenz hat die Verteilung der 350 Sitze auf Ebene der 52 Provinzen und autonomen Städte?

Neben den großen, bevölkerungsreichen Provinzen wie Madrid (37 Abgeordnetensitze), Barcelona (32), Valencia (15), Sevilla und Alicante (12), Malaga (11) und Murcia (10) gibt es auch 28 kleinere Provinzen bzw. autonome Städte, denen lediglich zwischen ein bis fünf 5 Abgeordnetensitze zustehen. Offiziell gilt eine 3 %-Mindesthürde, faktisch werden aber schon in Provinzen mit vier bis fünf Abgeordnetensitzen ca. 15 % der Stimmen benötigt, um einen Sitz zu erreichen. In den noch kleineren Provinzen entsprechend mehr. Das heißt, die in den kleinen Provinzen für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen gehen im Regelfall verloren. Zweifellos wird dadurch auch das Abstimmungsverhalten in den kleineren Provinzen zuungunsten der kleinen Parteien konditioniert.

So geschah es über Jahrzehnte der spanischen Vereinigten Linken, lange Zeit drittgrößte Partei auf staatlicher Ebene, die im Regelfall nur Sitze in den großen Provinzen Madrid, Barcelona, Sevilla und Valencia erzielte. 1996 bei ihrem besten Wahlergebnis erreichte die Vereinigte Linke 10,54 % der Stimmen auf gesamtstaatlicher Ebene, aber nur 21 Sitze, d.h. nur 6 % der 350 Sitze. 2011 waren es 6,92 % der Stimmen und 8 Sitze (2,3 %).

Umgekehrt werden die großen Parteien auf stattlicher Ebene, PSOE und PP, begünstigt. Nationalistischen, regionalen Parteien mit starker Verankerung in den jeweiligen Provinzen gewährleistet das Wahlsystem eine adäquate Repräsentation im spanischen Parlament. Die bemerkenswerte Vielfalt kleinerer regionaler Parteien in Spanien erklärt sich auch auf diesem Hintergrund.

Anhand der tabellarischen Übersicht der Stimm- und Sitzanteile im spanischen Parlament nach den Wahlen im April 2019 lässt sich das Ausgeführte gut nachvollziehen.

Stimm- und Sitzverteilung spanisches Parlament			
	Stimmen in %	Sitze	Sitze in %
PSOE	28,68	123	35,10
Partido Popular	16,67	66	18,90
Ciudadanos	15,86	57	16,30
Unidos Pdoemos	14,31	42	12,00
Vox	10,26	24	6,90
Regionale Parteien			
ERC (Katalonien)	3,89	15	4,30
JxCat (Katalonien)	1,91	7	2,80
PNV (Baskenland)	1,51	6	1,70
Bildu (Baskenland)	0,99	4	1,10
CC (Kanaren)	0,53	2	0,57
Na + (Navarra)	0,41	2	0,57
Compromis (Valencia)	0,66	1	0,29
PRC (Kantabrien)	0,20	1	0,29

Bei den neun Wahlen zwischen 1982 und 2011 gingen entweder die Sozialisten oder die Volkspartei als Sieger hervor

men wie Unidos Podemos 5,55 %.

Más Madrid verteidigte sich gegen den Vorwurf der Spaltung damit, dass, während Podemos in allen autonomen Regionen schwere Verluste erlitten hätte, nur in Madrid in Summe der beiden Listen der linke Stimmenanteil gehalten werden konnte.

Bei den Parlamentswahlen im April 2019 schrumpfte Unidos Podemos erneut auf nur noch 3,7 Millionen Stimmen (14,3 %). Offensichtlich stimmten große politische Wählerschichten des ursprünglichen Wählerpotentials von Podemos mit Inhalten und Stil der Podemos-Politik nicht überein. Interne kritische Strömungen konnten oder wollten nicht dauerhaft integriert werden. Errejon und seine Liste begeben sich jetzt auf den Weg, die verlorenen Wähler einzusammeln für ein anderes Projekt, als es Podemos darstellt. Es geht auseinander, was zusammen nicht funktionierte.

Wahlplakat Más Madrid: „Wie schön wäre das. Manuela (Bürgermeisterin) im Rathaus Iñigo (Präsident) der autonomen Region (Madrid)“

Es wird sich zeigen, ob das Ergebnis der Madrider Regionalwahlen bei den Parlamentswahlen in der Provinz Madrid bestätigt wird und ob außerhalb von Madrid ähnlich gute Ergebnisse erzielt werden können.

Más Madrid wagt ziemlich unvorbereitet einen ersten Schritt der Ausdehnung ins Land, es bestehen keinerlei Parteistrukturen, ein Programm liegt noch nicht vor. Unmittelbares Ziel werden fünf Prozent der Stimmen auf Landesebene und damit der Fraktionsstatus im Parlament sein.

Sollte die Kandidatur Erfolg haben, wird eine Parteigründung auf nationaler Ebene folgen und es wird zu einer Neuausrichtung des linken-progressiven Lagers kommen. Dann wird man sehen, wie attraktiv das Politikangebot des neuen Parteiprojekts den Wählern erscheint und ob sich Unidos Podemos als eine einflussreiche linke politische Kraft nahe der 15 %-Marke behaupten kann. Über die zu erwartende politische Ausrichtung der neuen Partei wurden einige Ausführungen von Errejon zusammengestellt (siehe Kasten Seite 5). Es würde nicht verwundern, wenn die neue Partei in ihrem Parteinamen den Zusatz „grün“ führen wird.

---

und regierten ausschließlich in Form von Ein-Parteien-Regierungen entweder mit absoluter Mehrheit (fünfmal) oder mit einfacher Mehrheit. Einfache Mehrheiten wurden durch politische Pakte normalerweise mit den baskischen oder katalanischen nationalistischen Parteien abgesichert. Eine Koalitionsregierung auf staatlicher Ebene hat es bis dato nie gegeben. Selbstredend existiert natürlich auch keine Koalitionskultur.

Man sprach deshalb von einem „Zwei-Parteien-System“ mit hoher Regierungsstabilität.

Dies änderte sich schlagartig mit den Wahlen 2015, als die neugegründete Linkspartei Podemos auf 20,66 % und die liberalen Ciudadanos auf 13,94 % der Stimmen kamen. Seither hat es zwei gescheiterte Versuche von Minderheitsregierungen, einmal unter Rajoy (PP) und zuletzt unter Sanchez (PSOE) gegeben. Auch bei zwei weiteren Wahlen 2016 und 2019 (April) ließen die Wähler sich nicht zur Rückkehr zum „Zwei-Parteien-System“ bewegen. Im April 2019 erzielten Ciudadanos 15,86 % und Podemos noch 14,31 % und es kam mit der rechtsextremen Vox eine weitere 10 %-Partei hinzu.

Viele wahltaktische Manöver finden ihre Erklärung in dieser Besonderheit des Wahlsystems. Die Volkspartei PP hat den beiden anderen Rechtsparteien Ciudadanos und Vox jetzt vorgeschlagen, zu den Wahlen eine gemeinsame Liste „España Suma“ zu bilden, um in den kleinen Provinzen wegen der Aufspaltung auf drei Parteien keine Sitze zu verlieren. Nachdem dies von Ciudadanos abgelehnt wurde, macht sie Druck auf Vox, in 26 kleinen Provinzen nicht zu kandidieren. Die neue Partei von Iñigo Errejon hat auf Kandidaturen in Provinzen mit sieben und weniger Sitzen verzichtet, um das progressive Lager nicht durch Zersplitterung der Stimmen zu schaden. Und PSOE setzt offensichtlich darauf, Unidos Podemos möglichst weit unter das 15 %-Niveau zu drücken, um den Rivalen im linken Lager entscheidend zu schwächen und handzahm zu machen.

Nach letzten Umfragen wird im rechten Lager die Volkspartei (PP) von Vox und vor allem von Ciudadanos wieder deutlich Stimmen hinzugewinnen. Viele Wähler wenden sich von Ciudadanos wegen ihres Kurswechsels nach stramm rechts ab, wegen der schroffen Absage an eine Koalition mit PSOE (bzw. Duldung einer PSOE-MInderheitsregierung) und der Bündnisse mit der rechtsextremen Vox in Madrid und Andalusien. Prominente Vertreter ihres sozialliberalen Flügels haben deswegen die Partei verlassen.

Der PP-Vorsitzende Casados hat sich nach scharfer innerparteilicher Kritik einen Bart wachsen lassen, viel Kreide gefressen, seinen extremen Diskurs gemäßigt und schaut jetzt zu, wie verlorene Wähler wieder zurückkehren.

Sanchez (PSOE), der eine Koalition mit Podemos an deren Forderung nach Ministerposten hat platzen lassen, versucht sich als den großen Stabilitätsgaranten für Spanien zu stilisieren, seine zentrale Losung für den Wahlkampf hat er von „Progressive Regierung“ auf „Ahora España“ (Jetzt Spanien) gewechselt. In seinen Reden erwähnt er in jedem Satz entweder Spanien oder Nation, auch er fischt im Ciudadanos-Wählerbecken.

Man darf zweifeln, ob sein Kalkül, sowohl von Podemos als auch in der Mitte Wähler hinzugewinnen, aufgehen wird.

Ob das linke Lager wegen der weiteren Fraktionierung durch die neue Partei Errejons Stimmen verlieren wird oder gar gestärkt wird, da sind sich die Wahlauguren noch sehr unsicher.

Mit größter Wahrscheinlichkeit wird auch nach der erneuten Wahl keine Regierungsbildung möglich sein, wenn die gegenseitige Blockadepolitik nicht aufgehoben wird und einige anfangen, über ihren Schatten zu springen. Oder man ändert einfach das Wahlrecht und schenkt wie in Griechenland der stärksten Partei zusätzlich 50 Sitze (ein von Sanchez schon vor Monaten lancierter Vorschlag). Dann braucht es auch weiterhin keine Verständigungskultur.

□

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, ClientEarth, Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch, Greenpeace, NABU, Naturfreunde, Umweltinstitut München, WWF und dem Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR)

Gemeinsame Pressemitteilung. Berlin. Während heute 1,4 Millionen Menschen dem Aufruf von Fridays for Future zum Klimastreik gefolgt sind, scheitert das Klimakabinett in seiner entscheidenden Sitzung für ein wirksames Klimapaket zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Zu diesem Ergebnis kommen die Klima- und Umweltschutzverbände. Statt eines intelligenten Mix aus Ordnungsrecht, Anreizen und eines wirkungsvollen CO_2 -Preises ist allerdings vor allem ein Sammelsurium teurer Anreizprogramme beschlossen worden. Verkehrsminister Andreas Scheuer hat sich bis zuletzt geweigert, wirksame Klimamaßnahmen vorzuschlagen und bleibt ein klimapolitischer Totalausfall. Experten zufolge würden die beschlossenen Maßnahmen ohne CO_2-Bepreisung bei Verkehr und Gebäuden bis 2030 nur rund die Hälfte der Emissionslücke schließen. Der nun geplante Emissionshandel kann diese massive Lücke nicht schließen. Im Gegenteil: Der homöopathische Einstieg in die CO_2-Bepreisung von 10 Euro die Tonne CO_2 wird keinerlei Lenkungswirkung entfalten. Beim eigentlich notwendigen Einstiegspreis von 60 Euro soll er sogar ab 2026 gedeckelt werden. Damit beschneidet sich die Bundesregierung ihre eigene Handlungsfähigkeit dramatisch. Deutschland ist damit noch immer nicht auf einem Pfad zur Erreichung seiner bisher beschlossenen Ziele und Lichtjahre vom deutschen Beitrag zum 1,5-Grad-Limit von Paris entfernt. Grund für das Scheitern ist aus Sicht der Umweltverbände neben der Mutlosigkeit der Koalition vor allem die Blockadehaltung, die von Teilen der CDU und CSU gegen wirkungsvolle Gesetze und Preismechanismen aufgebaut wurde. Die Verbände fordern die Bundesregierung nun auf, bis zum Beginn der Weltklimakonferenz am 29.11.19 und der Halbzeitbilanz der Großen Koalition ein deutlich verbessertes Klimapaket zu beschließen, das Deutschland in die Lage versetzt, die Klimaziele mit einem Puffer nach oben sicher zu erreichen ...

www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/regierung-verweigert-notwendigen-klimaschutz/

Nabu

How dare you? – Das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung bereits während der Pressekonferenz der Bundesregierung, als die Ergebnisse präsentiert wurden, trat bei vielen Akteuren Ernüchterung ein. Und Zweifel: Mit diesem dünnen Maßnahmenbündel wird es schwierig, dass Deutschland die Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wird. Besonders viel Erwartungsdruck lag auf dem Konzept zur Bepreisung von CO_2. Der Vorschlag den die Große Koalition ausgehandelt hat, nämlich grundlegend die Ausweitung des Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr und Gebäude kombiniert mit einem ab 2021 beginnenden Festpreissystem bei einem Startpreis von 10 Euro je Tonne, der bis 2025 auf 35 Euro anwächst ehe der Emissionshandel mit Höchst- und Mindestpreis greift, klingt wie ein schlechter Kompromiss mit dem niemand zufrieden sein kann: Für alle Klimaschützer*innen ist klar, das Preissignal das von diesem sehr geringen CO_2-Preis ausgeht ist viel zu gering, um substanzielle Lenkungswirkung zu erzielen. Aber auch in der Marktlogik versagt der Kompromiss, schließlich wurden zunächst Festpreise und später Handel mit Höchst- und Mindestpreisen vereinbart.

Die Bundesregierung schreibt sich ganz besonders auf die Fahnen, auch mit Klimaschutz die Bürger*innen und

die Wirtschaft zu entlasten. Maßnahmen dazu sind die Senkung der EEG-Umlage um zunächst 0,25 Cent pro Kilowattstunde. Darüber hinaus soll die Pendler*innenpauschale um satte fünf Cent pro Kilometer erhöht werden, mit aus NABU-Sicht gravierenden Nebeneffekten. Nämlich wird dadurch Zersiedlung, Flächenverbrauch und zusätzlicher Verkehr angereizt.

Auf der Habenseite des Klimapakets stehen die sektorspezifischen und jahresscharfen Einsparziele. Durch diese Regelung werden bei Nichterreichung eines Sektorziels die jeweiligen Ministerien verpflichtet Maßnahmen nachzulegen. Wie das ganz genau durchzusetzen ist, ist allerdings nicht abschließend geklärt.

Um nachhaltigen Klimaschutz zu gewährleisten, müssten zusätzlich noch folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Dazu gehören Forschungsbedarf, GreenIT, Wasserstoff, Batteriezellenfertigung und Beschleunigung von Planungsrecht. Aber auch Speicherung und Nutzung von CO_2 soll gefördert werden.

Fazit: In den Eckpunkten für das Klimaschutzprogramm 2030 finden sich viele Kompromisse. Es sind einzelne gute Ansätze zu sehen, in Summe sind die formulierten Maßnahmen aber viel zu zaghaft und reichen nicht ansatzweise aus, um das Klimaschutzziel 2030 in Reichweite zu bringen.

www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/klima-und-luft/klimaschutz-deutschland-und-europa/27029.html

BUND

Das Klima kippt! Handelt! ... Die Zeit drängt. Deshalb muss unser Protest weitergehen. Wir fordern in einem großen Bündnis von Organisationen und Unterstützer*innen mit diesem Eil-Appell ein wirksames Klimapaket. Nicht irgendwann, sondern bis zur Halbzeitbilanz der Großen Koalition am 29.11.2019 und damit rechtzeitig vor der Weltklimakonferenz Anfang Dezember!

Ihre Nachricht an die Bundesregierung:

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr verehrte Minister*innen des Klimakabinetts!

Die Bundesregierung hat beim Klimaschutz versagt. Ihr Klimapaket enthält bisher nur ein Sammelsurium mutloser Ankündigungen und Luftbuchungen, wodurch die Regierung erneut sogar ihre eigenen Klimaziele verfehlt. Schon gar nicht leistet Deutschland damit seinen nötigen Beitrag, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen und eine Klimakatastrophe zu verhindern.

Aber: Der öffentliche Druck wächst. Wir Bürgerinnen und Bürger schauen nicht mehr länger zu, wie die Regierung unsere Zukunft verheizt. Wir setzen ihr deshalb eine Frist. Bis zum 29. November, also zu Beginn der Weltklimakonferenz und zur Halbzeitbilanz der Großen Koalition, muss sie ein wirksames Klimapaket und -gesetz beschließen:

- Mit klaren Regeln aus Kohle, Öl und Gas aussteigen: Durch einen Kohleausstieg bis spätestens 2030, das sofortige Verbot neuer Ölheizungen und den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor.
- Den Geldhahn für Öl, Gas und Kohle zudrehen, indem klimaschädliche Subventionen wie die steuerliche Begünstigung von Diesel und Kerosin gestrichen werden und die Förderung neuer Gasinfrastruktur beendet wird..
- 100 Prozent auf Erneuerbare setzen. Die

Hürden, die den naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien derzeit ausbremsen, müssen fallen.

• Zum Klimaschutz gehört die Verkehrs- und Agrarwende. Es braucht mehr Raum für öffentlichen Verkehr, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und ein Moratorium für den Aus- und Neubau von Straßen und Flughäfen. Eine bäuerliche, klimafreundliche und ökologischere Landwirtschaft muss die industrielle Tierhaltung ersetzen.

• Ein CO2-Preis muss jetzt wirken und darf nicht durch einen Emissionshandel auf Jahre verzögert werden. Es braucht deshalb bei Wärme und Verkehr ab 2020 einen CO2-Preis von mindestens 50 Euro pro Tonne, der bis 2030 auf 180 Euro steigt.

• Klimaschutz braucht Verbindlichkeit: Das angekündigte Klimaschutzgesetz muss jährliche Klimaziele für alle Wirtschaftssektoren sicher festlegen. Werden sie verfehlt, müssen die Klimaschutzmaßnahmen schärfer werden.

https://aktion.bund.net/das-klima-kippt

DGB

In der Debatte um eine CO2-Bepreisung fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften eine massive, sozial-ökologische Investitionsoffensive mit Schwerpunkt auf Mobilität, Infrastruktur und Gebäudesanierung.

„Eine CO2-Bepreisung allein wird weder dazu führen, dass Klimaziele in den einzelnen Sektoren erreicht werden, noch werden damit die Kosten der Transformation sozial gerecht verteilt. Die Bundesregierung muss endlich zu einem Gesamtkonzept kommen, mit dem der Wandel gerecht gestaltet, der soziale Zusammenhalt gestärkt und öffentliche sowie private Investitionen in klimafreundliche Infrastrukturen und innovative Technologien massiv verstärkt werden“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann am Dienstag in Berlin.

Ein CO2-Preis könne nur dann wirken, wenn Privathaushalte und Unternehmen die Möglichkeit hätten, ihr Verhalten anzupassen. Deshalb müsse der Staat jetzt investieren und Alternativen schaffen. Dazu gehöre der Schienenausbau für den Nah-, Fern- und Güterverkehr, der Ausbau des ÖPNV und die Förderung von sozial verträglicher Gebäudesanierung insbesondere bei Mietwohnungen. Der Staat müsse außerdem Impulse für den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität setzen und neue Mobilitätskonzepte schaffen. „Mit dem unsinnigen und restriktiven Beharren auf der schwarzen Null ist ein solches Programm nicht zu schaffen. Der Investitionsaufwand übersteigt die zu erwarten- den Einnahmen aus der CO2-Bepreisung bei weitem“, so Hoffmann. Für die Finanzierung und den sozialen Ausgleich müsse der Staat daher mit einer Reform der Einkommen- und Erbschaftsteuer und der Wiedereinführung der Vermögensteuer sorgen. „Heizen und Mobilität dürfen nicht einfach nur teurer werden. Das trifft dann Gering- und Normalverdiener. Die starken Schultern müssen mehr tragen als die Schwachen“, so Hoffmann weiter.

Aus Sicht des DGB ist es unter den gegebenen Voraussetzungen nicht sinnvoll, den Emissionshandel auf die Sektoren Verkehr und Gebäude auszuweiten. „Das wäre nicht nur bürokratisch, sondern schafft vor allem nicht die notwendigen Investitionsanreize“, erläutert Hoffmann. „Eine CO2-Steuer könnte schneller und transparenter implementiert werden und würde mehr Planungssicherheit für öffentliche und private Investitionen schaffen. Sie muss aber sozial gestaltet sein, um Akzeptanz zu finden. Es muss einen Ausgleich für private Haushalte geben“, so Hoffmann weiter. Dafür schlägt der DGB neben einer Senkung der Stromsteuer und einer stärkeren Steuerfinanzierung der EEG-Umlage auch eine Kopfprämie sowie ein Mobilitätsgeld anstelle der Pendlerpauschale vor. Für besonders belastete Einzelfälle müsse zudem ein Härtefallfonds geschaffen werden. Darüber hinaus fordert der DGB, die CO2-Bepreisung unabhängig vom Instrument einer umfassenden und regelmäßigen Folgenabschätzung zu unterziehen. Dabei seien reale Verteilungswirkungen ebenso zu berücksichtigen wie die Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Haushalte und Betriebe.

https://www.dgb.de/presse/++co++01c5cf7c-d91e-11e9-8060-52540088cada

Die Linke im Bundestag

Die Vorsitzenden der Fraktion Die Linke, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, erklären anlässlich der heutigen Beschlüsse des Klimakabinetts der Bundesregierung:

„Das heute vom Klimakabinett vorgestellte Klimapaket ist unsozial und ineffektiv. Es belastet vor allem kleine und mittlere Einkommen. Es schont Reiche und Konzerne. Es setzt auf nutzlose, marktliberale Instrumente statt auf wirkungsvolle staatliche Ordnungspolitik. Es treibt die Gesellschaft auseinander. Das Klimapaket wird im Bundestag keine Unterstützung der Linken erhalten.

Sämtliche Maßnahmen des Klimakabinetts sind nicht gegenfinanziert und daher eine teure Mogelpackung. Jedes Klimapaket, das keine angemessenen Steuern für die superreichen Multimillionäre vorsieht, will stattdessen kleine und mittlere Einkommen belasten. Wer nicht sagt, wo das Geld herkommen soll, täuscht Bürgerinnen und Bürger. Es muss massiv und nachhaltig investiert werden. Diese notwendigen zusätzlichen Investitionen dürfen nicht mit unsozialen Kürzungen in anderen Bereichen finanziert werden. Höhere Kraftstoffpreise werden Geringverdiener besonders hart treffen. Das Klimapaket untergräbt die Akzeptanz des Klimaschutzes in der Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt ...

Unsere Forderungen:

1. Sozial gerecht statt Reiche schonen: Wir fordern eine Klimareichensteuer, die Millionenerbschaften, Millionenvermögen und Millioneneinkommen zur Kasse bittet, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Es braucht das politische Signal: Diesmal bezahlen es die Reichen! Klimaschädliche Subventionen gehören abgeschafft.

2. Bahnreform statt Scheuer-Murks: Wir brauchen eine tiefgreifende Bahnreform, einen massiven Ausbau des Schienennetzes und der Transportkapazitäten sowie einen Preisdeckel. Die Teilprivatisierung der Bahn und die Preiserhöhungen der vergangenen 20 Jahre müssen zurückgenommen werden. Das würde einer kostenlos angebotenen BahnCard 50 bzw. Halbierung der heutigen Fahrpreise entsprechen.

3. ÖPNV attraktiver machen statt Tanken teurer: Wir brauchen eine Revolution im Öffentlichen Personennahverkehr, von der kleine und mittlere Einkommen profitieren. Wir fordern als wichtigen Schritt ein vom Bund finanziertes Ein-Euro-Ticket. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger den ÖPNV für maximal einen Euro am Tag nutzen könnten, wäre es für viele Menschen machbar, das Auto stehen zu lassen. Dafür muss der ÖPNV ausgebaut, sicherer, zuverlässiger und sauberer werden.

4. Statt Marktversagen brauchen wir staatliches Handeln: Wir brauchen staatliche Investitionen und eine neue staatliche Ordnungspolitik für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz: Zum Beispiel gehören Energiekonzerne in öffentliche Hand. Gebäude müssen mit einem Bundesprogramm energetisch saniert werden – ohne Mehrkosten für Mieterinnen und Mieter.

5. Innovationen statt Stillstand: Wir brauchen ein massives Investitionsprogramm in erneuerbare Energien, in Innovations- und Speichertechnologien.

https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/klimapaket-versagt-beim-klimaschutz-und-vertieft-die-soziale-spaltung/

Bereits im Dezember 2018 und im Februar 2019 beschäftigte sich das KommunalInfo Mannheim (KIM) mit der Kontroverse um die Reklamefigur. Im dokumentierten Beitrag setzt sich Thomas Trüper im September nochmals mit dem Diskussionsstand auseinander. Quelle: https://kommunalinfo-mannheim.de/2019/09/05/noch-einmal-sarotti-mohr-die-auseinandersetzung-war-ein-anstoss-zum-nachdenken-ueber-alltagsrassismus/, dort auch Verweise zu den früheren Stellungnahmen. Im Anschluss daran bringen wir eine Mitteilung von Christiane Schneider, die die Verwendungen des Rasse-Begriffs im Entwurf eines neuen Hamburger Polizeigesetzes kritisiert und dabei auf eine wissenschaftliche Kritik des Rassebegriffs durch die Deutsche Zoologische Gesellschaft verweist; wir dokumentieren diese Jenaer Erklärung in voller Länge.

„Sarotti-Mohr“: Die Auseinandersetzung war ein Anstoß zum Nachdenken über Alltagsrassismus…

Thomas Trüper , 5. September 2019,
in: KommunalInfo Mannheim

… Gut gemeint, aber knapp daneben
Uneindeutige Diskussion

Die inzwischen etwas abgeebbte Diskussion über die „Sarotti-Mohren“-Leuchtreklame im Mannheimer Capitol hat bundesweite Wellen geschlagen. Noch hat die Capitolleitung nicht abschließend über das weitere Vorgehen entschieden. Aber viele sind genervt über die Diskussion und winken ab. Nicht nur die, von denen man es erwartet: Also die rechte Szene, die nicht über Rassismus diskutieren, sondern ihn leben will, und die gegen Kolonialismus nichts einzuwenden hat. Auch im Gegenlager, in dem man sich um gutes Leben in einer historisch gewachsenen heterogenen und vielfältigen Gesellschaft bemüht, finden viele den unvermittelt heftigen Sturmangriff auf diese Leuchtreklame überzogen und an den Haaren herbeigezogen. Der Angriff traf auch Akteure, die bekannt sind für ihren Einsatz gegen jeden Art von Diskriminierung.

Die Mitglieder der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (Sektion Rhein-Neckar) sehen in der Figur einen eklatanten Fall von rassistischer Diskriminierung und Verspottung zu Lasten schwarzer Menschen und fordern die sofortige Beseitigung. Andere schwarze Deutsche, von denen es in Mannheim nicht wenige gibt, sehen das gelassener. Tenor z.B.: „Seit Jahrzehnten verkehre ich im Capitol, aber die Figur hat mich nicht berührt.“ Die Meinungen gehen untypisch auseinander. Und vielleicht hat diese uneindeutige Diskussion etwas mit dem Symbol zu tun, um das es hier geht.

Eines kann man jedoch schon mal festhalten: Es ist gut, dass die rassistisch motivierte Alltagsdiskriminierung erneut und hoffentlich auch nachhaltiger thematisiert worden ist. Und auch ein erneutes Nachdenken über „Rassismus“, antirassistischen Kampf und in diesem Zusammenhang auch über Kolonialismus und seine Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein kann nicht schaden.

Völkischer Aufbruch im Kaiserreich – Rassismus als ideologisches Instrument

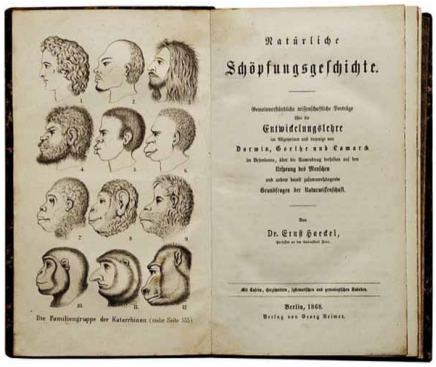
Der Sarotti-Mohr wurde in einer Zeit kreiert, in der im Deutschen Reich vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg der Kampf um Kolonien und dann die Auseinandersetzung mit deren Verlust ein Top-Thema war. Deutschland als „zu spätgekommene Kolonialmacht“ sollte nach Auffassung der Wirtschaftsmächtigen und des Kaisers endlich aufholen. Dafür wurde sehr viel Propaganda auf allen Ebenen gemacht. Das sozialistische Lager opponierte in diesem Punkt eher schwach und nicht grundsätzlich (siehe z.B. die Behandlung der Kolonialfrage auf dem 7. Internationalen Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart).

Indirekt tonangebend in der öffentlichen Diskussion war in diesen Jahren der Alldeutsche Verband (1891 bis 1939), zu dessen Gründungsmitgliedern der Kolonialschlächter Carl Peters („Hänge-Peters“) gehörte. (Nach ihm war 1933 eine Straße in der damals neugegründete IG-Farben-Siedlung Rheinau Süd benannt worden, die nach zwanzigjähriger Auseinandersetzung erst 2011 in Wilhelm-Peters-Straße umbenannt wurde.) Kolonien zu besitzen (oder wieder zu erlangen) wurde in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft als notwendig und teilweise auch als dem zivilisatorischen Fortschritt dienlich erachtet. Gegen allzu krasse Exzesse der Kolonialmacht gab es vereinzelt Proteste. Die kaiserliche Kolonialpolitik stand jedoch den mörderischen Praktiken z.B. des belgischen Königshauses im Kongo nicht viel nach, wie der Völkermord an den Nama und Herero (Namibia, einst „Deutsch-Südwestafrika“) beweist.

Der völkische Alldeutsche Verband war auch federführend in der Verbreitung einer systematisierten rassistischen Weltanschauung. Diese sollte die Legitimierung der Unterjochung schwarzafrikanischer Völker schaffen und die Ansicht stärken, dass man es dort nicht wirklich mit Menschen zu tun habe. Führende Köpfe der Evolutionswissenschaft hatten hierfür gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine pseudowissenschaftliche Grundlage geschaffen und populärwissenschaftlich sehr erfolgreich verbreitet.

Zu nennen ist der an der Universität Jena lehrende Biologe Ernst Haeckel (1834 bis 1919), der, zunächst auf Darwin aufbauend, die Entwicklung von den Primaten zum Homo Sapiens darlegte und nachwies. Haeckel ging jedoch weiter: Menschen „unterhalb“ der weißen „Rasse“ waren für ihn Stationen zum Homo Sapiens, somit als genetisch nicht ebenbürtig und zur Unterordnung unter die weiße „Rasse“ prädestiniert. Haeckel gilt zu Recht als einer der Väter des So-

Überlebende Herero nach der Flucht durch die Wüste (ca. 1907). Ullstein Bilderdienst, public domain.


Natürliche
Schöpfungsgeschichte.
Dr. Ernst Haeckel,
Berlin, 1868.

Titelblatt von Ernst Haeckels Werk „Natürliche Schöpfungsgeschichte“, welches bereits menschliche „Rassen“ evolutionstheoretisch zuordnet (1868). Wikipedia, Foto H.-P.Haack

zialdarwinismus und der „Rassenhygiene“. Trotzdem war er als Wissenschaftler auch bei Sozialisten und Anarchisten hoch angesehen als antiklerikaler Mann der Aufklärung, der von reaktionären Kräften als „Affenprofessor“ diskreditiert wurde. Kritik des Rassismus war bis in die Weimarer Zeit fast kein Thema im sozialistischen Diskurs.

Die Alldeutschen entwickelten auf Grundlage des Sozialdarwinismus einen aggressiven Rassismus, der sich vor allem gegen afrikanische Menschen, gegen die slawischen Völker richtete. Natürlich waren sie auch fanatische Antisemiten. Der Antisemitismus freilich folgte nicht evolutions- sondern verschwörungstheoretischen Behauptungen wie schon seit Jahrhunderten. Zurecht wird der Alldeutsche Verband als Vordenker und Vorform des Nationalsozialismus eingeordnet. Frühzeitig formulierte der Alldeutsche Verband 1914 ausufernde „Kriegsziele“ und vergaß nicht, die Aussiedelung „nichtdeutscher“ Bevölkerungsteile aus dem Reich zu verlangen. Die Konstruktion einer rassisch begründeten deutschen „Volksgemeinschaft“ sollte den für den kommenden Krieg erforderlichen „Burgfrieden“, die Einheit über alle Klassengegensätze hinweg erzeugen und die Unterwerfung der Kriegsgegner als natürlichen und unausweichlichen Anspruch der „deutschen Rasse“ suggerieren.

Der Rassismus ist bis in die Jetztzeit nicht etwa durch eine anthropologische Gegebenheit wie der angeblichen „Angst vor dem Fremden“ hervorgerufen. Dieser Rassismus war und ist konstruiert und absolut zweckorientiert: Als Identitätsbildung der herrschenden Minderheit in Siedlergesellschaften, als Legitimationsideologie für koloniale Gesellschaften, als konstituierendes Element eines kollektives Feindbildes für einen zu führenden Krieg etc. Und in modernen multiethnischen und durch soziale Ungerechtigkeiten und Verwerfungen gekennzeichneten Gesellschaften als Strategie, mit dem Konzept „Rasse statt Klasse“ soziale Auseinandersetzungen zu destruieren und sie nach Möglichkeit umzubiegen, wie von den Nationalsozialisten zur „Perfektion“ gebracht und von der völkischen AfD bruchlos aufgenommen.

Sarotti-Mohr: Uneindeutige Figur

Der Sarotti-Mohr, in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs zum 50. Firmenjubiläum beauftragt, passt eigentlich schlecht in die zeitgenössischen Darstellungen zur Begründung der Überlegenheit der weißen und „Minderwertigkeit“ z.B. afrikanischer „Rassen“.

Er erinnert eher an Darstellungen sog. „Kammermohren“, die sich im 17. und 18. Jahrhundert viele Adelshäuser z.B. als Diener beschafften und mit prächtigen Gewändern ausstatteten. Die Aristokrat*innen aus den ersten Jahrhunderten des Kolonialismus waren in „rassistischer“ Hinsicht noch unbefangen. Sie fanden schwarzes Dienstpersonal vielleicht exotisch oder hielten es für ein Statutssymbol. Deren Sklaven- oder Leibeigenenschaft war sowieso klar, wie auch für den größten Teil der damaligen Bevölkerung, aber es gab kein Thema „Untermenschentum“. Kann man sich vorstellen, dass z.B. ein Joseph Goebbels einen afrikanischen Menschen als Teil seines Hauspersonals geduldet hätte?

Mauritius-Statue, um 1245, im Chorraum des Doms in Magdeburg, die erste Darstellung des Heiligen als Afrikaner in der christlichen Kunst des „Abendlandes“. (Cc-Lizenz heiligenlexikon.de)

Wenn die Kritiker des Sarotti-Mohren den „dienenden“ Habitus als Beleg für rassistische Erniedrigung anführen, mag dies aus heutiger Sicht nachvollziehbar erscheinen. Der dienende Habitus als solcher ist jedoch kein exklusives Zeichen kolonialer Unterdrückung. Er zeichnet auch die „weißen“ Beschäftigten z.B. im Gastronomiegewerbe und letztlich im ganzen Dienstleistungsgewerbe aus. Darin kann die Differenz zu den Angehörigen der suggerierten „Volksgemeinschaft“ schlecht gelegen haben.

Porträt der Fürstäbtissin Franziska Christine von Pfalz-Sulzbach mit ihrem „Kammermohren“ Ignatius Fortuna, von Johann Jakob Schmitz, Köln 1772 (wikipedia, gemeinfrei)

In vor- und frühkolonialer Zeit figurierten schwarze Menschen in christlich-religiösen Darstellungen sehr widersprüchlich: Einerseits z.B. wurden Erscheinungen des „Teufels“ als schwarze Ungeheuer oder auch Menschen dargestellt, andererseits gibt es in den Heiligenkulten ohne besondere Kommentierung des „Schwarzseins“ auch Verehrung schwarzer Heiliger. Bekannt ist einer der „Heiligen Drei Könige“; und es gab die schwarzen Madonnen. Weniger bekannt ist hierzulande die Verehrung des Hl. Mauritius (Moritz). Er war der Legende nach der Kommandeur der in Theben (im heutigen Ägypten) ausgehobenen 22. Römischen Legion. Diese Legion, die nur aus Christen bestanden haben soll, soll unter dem Kaiser Diocletian an ihrem letzten Stationierungsort bei Sitten/Sion in der Schweiz im Jahr 302 komplett mit ihrem Befehlshaber Mauritius hingerichtet worden sein, weil dieser sich geweigert habe, ein kaiserliches Ritual zu vollziehen. Mauritius wird seit der ausgehenden Antike als Schutzheiliger der Soldaten, Messerschmiede, Tuchweber u.a. Gruppen verehrt.

„Mohren“ (aus griechisch μαυροσ: schwarz – ursprünglich die Bezeichnung für „Mauretanier“, dann für alle schwarzen Menschen) tauchen in vielen Adels- und Ortswappen auf. Oft wird es der Bezug auf den Hl. Mauritius sein, oft erscheint der Kopf oder die ganze Person eines schwarzen Menschen (oft auch Frauen) mit einer Krone, im Falle Sardiniens aber auch mit einer Augenbinde, später Stirnband. Das weist eher auf Unterwerfungsthemen hin wie auch z.B. das vom Königreich Portugal für seine Kolonie Guinea erlassene Wappen mit dem abgeschlagen Kopf eines Afrikaners.

Der Wikipedia-Artikel „Mohr (Heraldik)“ zeigt um die 100 Wappen mit sehr unterschiedlichen „Mohren“-Motiven, oft aus dem 14., 15. Jh.

Die Nazis und der Mohr von Coburg

Wer heute durch Coburg läuft, stellt (vielleicht verwundert) fest, dass die Ka-

Coburger Stadtwappen, Coburger Kanaldeckel (Bilder: KIM)

naldeckel alle das Relief des Gesichts eines schwarzen Afrikaners zeigen.

Die Stadt Coburg hat seit 1430 ein Stadtwappen, das einen „Mohrenkopf“ zeigt: den zum Schutzheiligen der Stadt auserkorenen Hl. Mauritius.

Nun ist Coburg reichsweit die erste Stadt gewesen, in der die NSDAP bei einer Stadtratswahl die absolute Mehrheit erzielte (Juni 1929). 1933 hatte sie dann auch einen NS-Oberbürgermeister. Einen großen Aufschwung hatten die faschistischen Kräfte in Coburg (gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiter*innen der Korbmacherindustrie) 1922 anlässlich des sog. „Deutschen Tages“ genommen.

Veranstalter waren örtliche Vertreter des Alldeutschen Verband und seiner neuen Ausgliederung „Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund“. Man hatte als special guest den „Herrn Hitler“ geladen, der dann auch per Sonderzug mit 600 SA-Angehörigen nebst z.B. Alfred Rosenberg und Julius Schleicher aus München anreiste und erstmals außerhalb Münchens öffentlich auftrat. Unter den Gästen waren auch Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha nebst Gemahlin.

Am 30. April 1934 ersetzte der Stadtrat das Mohren-Wappen durch einen SA-Dolch mit Hakenkreuz im Knauf, auf einem schwarz-gelben Schild. Die Nazis wollten den Anblick eines schwarzen Afrikaners im Wappen nicht ertragen. Und sie benannten die Mohrenstraße und Judengasse, -Brücke etc. um.

Nach der Befreiung Coburgs durch US-Truppen und Einsetzung eines neuen Oberbürgermeisters setzte dieser sofort wieder das „Mohren-Wappen“ in Kraft und machte die Straßen-Umbenennungen durch die Nazis wieder rückgängig.

Fazit: Die Auseinandersetzung mit dem Symbol „Mohr“ ist verwickelt und nicht sehr eindeutig; eine Zuspitzung auf dies Symbol nicht sehr hilfreich.

Worüber zu diskutieren ist

Rassismus ist stets zweckgerichtet. Er soll gesellschaftliche Zustände, die vom Standpunkt unteilbarer Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit aus gesehen untragbar sind, legitimieren. Antirassismus (viele benutzen inzwischen wegen der Nichtexistenz menschlicher Rassen diesen Begriff nicht mehr) muss im Kampf gegen Rassismus auch konkret die Zustände thematisieren, die die Rassisti*innen anstreben, sonst wird „Rassismus“ abstrakt und die Kritik verliert an Kraft.

Rassismus operiert mit der stereotypen Zuschreibung negativer Eigenschaften an von ihm definierte Personengruppen. Diese Methode führt zu zählebigen Vorurteilen in den Köpfen allzu vieler Menschen.

Ausgangspunkt bei der Diskussion um den „Sarotti-Mohren“ war eine Zusammenkunft im Capitol von schwarzen Deutschen, die über ihre Erfahrungen ins Gespräch kommen und berichten wollten. Diese Erfahrungen sind in der breiten Öffentlichkeit noch immer viel zu unbekannt: Seien es Erfahrungen am Mietwohnungsmarkt, bei der Arbeitssuche, oder mit willkürlichem Polizeikontakt durch racial profiling usw. Die Vorurteile schreiben den Menschengruppen Unzuverlässigkeit zu, Inkompetenz und Unverständnis für „die deutsche Gesellschaft“, Neigung zu Kriminalität etc.

Im Kampf dagegen lassen sich durchaus politische Forderungen ableiten, z.B. Beschwerdemöglichkeiten gegen Polizeibeamt*innen in Fällen von racial profiling (z.B. durch Einführung von Namensschildern); Stellenbesetzungen z.B. in der Verwaltung im gleichen Mischungsverhältnis wie in der Gesamtgesellschaft; Maßnahmen im Bildungssektor; gezielte Gleichstellungsmaßnahmen etc.

Wenn z.B. am Nationaltheater eine schwarze Schauspielerin ihren Auftritt hat und bestes Deutsch hören lässt, oder wenn eine schwarze Beamtin am staatlichen Schulamt dem Bezirksbeirat Neckarstadt-Ost bestimmte Sachverhalte aus dem Blick ihrer Behörde perfekt darlegt und man nicht mehr denkt: „Wow!!“, sondern wenn das als Normalität erlebt wird in einer bunten Gesellschaft mit Teilhabe aller, dann erst hat sich was geändert in Sachen Alltags-Rassismus. □

„Rasse“ und „rassische Herkunft“ im geplanten Hamburger Polizeigesetz □

Christiane Schneider, Hamburg

Im neuen Polizeigesetz, das zurzeit in der Hamburgischen Bürgerschaft beraten wird, findet sich erstmals der Begriff der „Rasse“ bzw. der „rassischen Herkunft“. Dieser Begriff wurde im Zuge der Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie übernommen. Er findet sich auch in einigen Bundesgesetzen, zum Beispiel imBundesdatenschutzgesetz oder im Antidiskriminierungsgesetz, und im Grundgesetz Artikel 3: „Niemand darf wegen … seiner Rasse … benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Hier wie in den genannten Gesetzen und in EU-Richtlinien geht es im einschlägigen Zusammenhang ausdrücklich nicht um Diskriminierung, sondern um den Schutz vor Diskriminierung. Doch dabei wird auf den Begriff „Rasse“ (bzw. „rassische Herkunft“) zurückgegriffen, der diskriminierend ist.

Schon seit über zehn Jahren gibt es deshalb in Deutschland immer wieder die Diskussion, den Begriff der „Rasse“ aus Grundgesetz und Gesetzen zu streichen. U.a. hat das Deutsche Institut für Menschenrechte zwei ausführliche Begründungen dafür veröffentlicht. Einige Länder sind bereits vorangegangen, Schweden, Finnland, Österreich, und auch die französische Nationalversammlung hat im Juli 2019 den Begriff „Rasse“ aus der Verfassung gestrichen.

> In Hamburg werden wir das Problem schwer lösen können, weil die Formulierung im Gesetzentwurf durch die EU-Richtlinie vorgegeben ist, aber wir regen eine gemeinsame Initiative der Linksfraktionen auf EU-, Bundes- und Landesebene an.

Gerade im Grundgesetz und in Gesetzestexten muss unmissverständlich formuliert werden, dass rassistische Diskriminierung nichts mit der Existenz von „Rassen“ zu tun hat, sondern mit der Existenz von Vorurteilen, die sich mit der Behauptung der Existenz von „Rassen“,, also von sich unterscheidenden Gruppen von Menschen, zu legitimieren versuchen.

Hilfreich für die Debatte ist die „Jenaer Erklärung“, die auf einer Veranstaltung im Rahmen des 112. Kongresses der Deutschen Zoologischen Gesellschaft Anfang September in Jena beschlossen wurde und die wir hier dokumentieren.

DOK: Anlässlich der 112. Jahrestagung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft in Jena hat das Institut für Zoologie und Evolutionsforschung der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine öffentliche Abendveranstaltung zum Thema „Jena, Haeckel und die Frage nach den Menschenrassen: wie Rassismus Rassen macht" ausgerichtet. Die folgende, gemeinsame Erklärung soll darüber informieren. Der **Vorstand der Deutschen Zoologischen Gesellschaft** und der **Präsident der Friedrich-Schiller-Universität** Jena unterstützen die Autoren in dem Bestreben mit dieser Erklärung gegen scheinbar wissenschaftliche Rechtfertigungen für Rassismus vorzugehen. **Prof. Dr. Dr. h. c. Martin S. Fischer,** Institut für Zoologie und Evolutionsforschung, Friedrich-Schiller-Universität Jena, **apl. Prof. Dr. Uwe Hoßfeld,** Institut für Zoologie und Evolutionsforschung, AG Biologiedidaktik, Friedrich-Schiller-Universität Jena, **Prof. Dr. Johannes Krause,** Direktor am Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte, Jena / Friedrich-Schiller-Universität Jena **Prof. Dr. Stefan Richter,** Allgemeine und Spezielle Zoologie, Institut für Biowissenschaften, Universität Rostock.

Jenaer Erklärung: Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung

Die Idee der Existenz von Menschenrassen war von Anfang an mit einer Bewertung dieser vermeintlichen Rassen verknüpft, ja die Vorstellung der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschengruppen ging der vermeintlich wissenschaftlichen Beschäftigung voraus. Die vorrangig biologische Begründung von Menschengruppen als Rassen – etwa aufgrund der Hautfarbe, Augen- oder Schädelform – hat zur Verfolgung, Versklavung und Ermordung von Abermillionen von Menschen geführt. Auch heute noch wird der Begriff Rasse im Zusammenhang mit menschlichen Gruppen vielfach verwendet. Es gibt hierfür aber keine biologische Begründung und tatsächlich hat es diese auch nie gegeben. Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung.

Am 9. August 2019 jährte sich der 100. Todestag des Jenaer Professors Ernst Haeckel, des „deutschen Darwins", wohl des bekanntesten deutschen Zoologen und Evolutionsbiologen. Ernst Haeckel, der Begründer der Stammesgeschichtsforschung hat durch seine vermeintlich wissenschaftliche Anordnung von „Menschenrassen" in einem „Stammbaum" in fataler Weise zu einem angeblich wissenschaftlich begründeten Rassismus beigetragen. Die Stellung der einzelnen Gruppen basierte auf willkürlich herausgegriffenen Merkmalen wie Hautfarbe oder Haarstruktur und deren Umsetzung in eine stammesgeschichtliche Sichtweise. Daraus wurde eine soziale Leserichtung mit angeblich biologisch höher und tiefer stehenden Menschengruppen.

Karl Astei, einer der führenden nationalsozialistischen Rassenforscher, ab 1933 Präsident des Thüringischen Landesamtes für Rassewesen in Weimar, Universitätsprofessor und ab 1939 Kriegsrektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, war überzeugt, „daß seit dem Weggang von Ernst Haeckel die Zoologie und damit die Biologie in Jena nicht mehr in der Richtung und in der Intensität an der Universität vertreten wurde, die Haeckel begründete und die für den Nationalsozialismus von größter Bedeutung" war. Die Universität Jena sollte während der Zeit des Nationalsozialismus „zu einer rassisch einheitlich ausgerichteten SS-Universität" ausgebaut werden. Die von Astei immer wieder hervorgehobene „rassische Aufbauarbeit" und Berufungspolitik hatten eine in dieser Form wohl einmalige akademische und wissenschaftspolitische Konstellation mit sukzessive vier Professuren zur Rassenkunde bewirkt. Das von Ernst Haeckel 1907 gegründete Phyletische Museum sollte zudem unter Berufung auf ihn zum „Thüringischen Landes- und Volksmuseum für Lebenskunde, Rassewesen und Stammesgeschichte" werden. Auch aus diesen Gründen trägt die Friedrich- Schiller-Universität eine besondere Verantwortung, sich mit der Frage von Menschenrassen auseinanderzusetzen.

Trotz oder gerade wegen der engen Verknüpfung zwischen Rassismus und vermeintlich existierenden Rassen ist es Aufgabe der Wissenschaft und damit auch einer wissenschaftlichen Fachgesellschaft wie der Deutschen Zoologischen Gesellschaft, nach einer möglichen Realität von Menschenrassen zu fragen. Dabei geht es um die Frage, ob Rassen im Generellen und Menschenrassen im Besonderen, eine biologische Realität sind, oder aber ob es sich um reine Konstrukte des menschlichen Geistes handelt. Für den einflussreichen biologischen Systematiker Ernst Mayr war die Existenz von Menschenrassen ein „biological fact" (Mayr 2002), zumindest vor der Eroberung der Welt durch die Europäer. Die Begründung entspricht der heute noch gängigsten Ansicht über die Existenz von Rassen. Menschenrassen entsprechen in so vielen Kriterien den „geographischen Rassen" anderer Arten, dass eine Alternative ihm nicht möglich erschien, wobei Mayr sich deutlich gegen jeglichen Rassismus ausgesprochen hat.

Für geographische Rassen (oder Unterarten) betont Mayr in der Biologie allgemein die notwendige „taxonomische Unterschiedlichkeit" zwischen geographisch getrennten Populationen einer Art. Der Begriff Rasse ist damit irgendwo zwischen dem Begriff der Population (die aufgrund der real existierenden Fortpflanzungsgemeinschaft tatsächlich einem Individuum der Wissenschaftsphilosophie entspricht) und der Art angesiedelt. Heute wird diese taxonomische Unterschiedlichkeit überwiegend aus einer genetischen Distanz bestimmt. Festzulegen, welche taxonomische Unterschiedlichkeit bzw. genetische Differenzierung ausreichend wäre, um Rassen bzw. Unterarten zu unterscheiden, ist aber rein willkürlich und macht damit auch das Konzept von Rassen/Unterarten in der Biologie zu einem reinen Konstrukt des menschlichen Geistes. Das heißt nicht, dass es keine genetische Differenzierung entlang eines geographischen Gradienten geben kann, doch ist die taxonomische Bewertung dieser Differenzierung (als Rasse oder Unterart oder eben nicht) willkürlich. Umso mehr trifft dies für den Menschen zu, bei dem die größten genetischen Unterschiede innerhalb einer Population zu finden sind und nicht zwischen den Populationen. Dass es sich

DZG
DEUTSCHE ZOOLOGISCHE GESELLSCHAFT E.V.

https://www.dzg-ev.de/ – Herzlich willkommen bei der Deutschen Zoologischen Gesellschaft! – Die DZG hat sich zum Ziel gesetzt, die zoologischen Wissenschaften in ihrer ganzen Breite und Interdisziplinarität zu fördern. Besonderes Interesse liegt dabei auf der Beschreibung der Diversität der Tierwelt, dem Verständnis der Evolution der Vielfalt und im Studium unterschiedlichster biologischer Vorgänge in allen Tiergruppen und in einer Vielzahl von Modellsystemen. Dafür bietet sie ihren etwa 1600 Mitgliedern in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein gemeinsames Forum und fördert den interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch in Tagungen und Fortbildungen. – Unsere Gesellschaft besteht seit 1890 und ist damit eine der traditionsreichsten wissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland. Sie ist bestrebt, unabhängig von politischen oder wirtschaftlichen Zeitströmungen, Grundlagenforschung und Lehre auf höchstem Niveau zu unterstützen und zoologisches Wissen zu erhalten. Die DZG dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

bei den Rassen von Haustieren um etwas ganz Anderes handelt, erkennt man schon an der fehlenden geographischen Gliederung. Haustierrassen sind ausschließlich das Ergebnis menschlicher Züchtung und nicht das Ergebnis eines natürlichen, biologischen Prozesses. Nur im Fall von Haustieren ist tatsächlich die genetische Ähnlichkeit (Homogenität) innerhalb einer Rasse größer als zwischen Rassen. Das Englische verzichtet hier auf den Begriff „race“ und spricht von „breeds“, was dem Sachverhalt viel näherkommt, der Begriff Züchtung wäre auch im Deutschen eher angebracht.

Denkschemata des biologisch begründeten Rassismus wie beispielsweise die Analogie zu Haustierrassen haben dazu verführt anzunehmen, mit gleichem Recht von Menschenrassen („human races“) sprechen zu können. Das war oft verbunden mit der Annahme, dass die Ähnlichkeit innerhalb einer vermeintlichen Menschenrasse wesentlich höher sei als zwischen diesen, weshalb eine Abgrenzung möglich sei – im Fall des Menschen ein bitterer Trugschluss.

Die Einteilung der Menschen in Rassen war und ist zuerst eine gesellschaftliche und politische Typenbildung, gefolgt und unterstützt durch eine anthropologische Konstruktion auf der Grundlage willkürlich gewählter Eigenschaften wie Haar- und Hautfarbe. Diese Konstruktion diente und dient eben dazu, offenen und latenten Rassismus mit angeblichen natürlichen Gegebenheiten zu begründen und damit eine moralische Rechtfertigung zu schaffen.

Erst durch die wissenschaftliche Erforschung der genetischen Vielfalt der Menschen wurden die Rassenkonzepte endgültig als typologische Konstrukte entlarvt. Beim Menschen besteht der mit Abstand größte Teil der genetischen Unterschiede nicht zwischen geographischen Populationen, sondern innerhalb solcher Gruppen. Die höchste genetische Vielfalt findet sich auch heute noch bei Menschen auf dem afrikanischen Kontinent. Dort liegen die Wurzeln und die meisten Verzweigungen im menschlichen Stammbaum. Auf einem dieser Äste fallen die Menschen Ostafrikas und alle Nicht-Afrikaner zusammen. Menschen außerhalb Afrikas sind somit näher verwandt mit Menschen aus Ostafrika, wie den Hadza, als diese mit Menschen aus Südafrika, z. B. mit den Khoisan. Aus stammesgeschichtlicher Sicht sind somit alle Menschen Afrikaner. Es ist deshalb geradezu paradox von „dem Afrikaner“ zu sprechen oder aus welchem Grund auch immer von „Schwarzafrikaner“. Hier handelt es sich um ein Relikt kolonialer Sprache und Denkens und es gilt wieder: Rassismus macht Rassen. Die Hautfarbe eines Khoisan aus Südafrika ist weniger pigmentiert als die von Menschen, die in Südostasien oder in Südamerika entlang des Äquators leben. Hautfarbe spiegelt hauptsächlich eine biologische Anpassung an den Grad der Sonneneinstrahlung wieder und variiert dementsprechend kontinuierlich mit der Strahlungsintensität auf der Erde.

Die vermeintlichen menschlichen Rassen gehen auch nicht auf getrennte Evolutionslinien zurück (einer anderen Vorstellung der Realität von Rassen, den sogenannten kladistischen Rassen folgend). Der anatomisch moderne Mensch entstand vor über 250 000 Jahren in Afrika, von dort verbreitete er sich in kleinen Gruppen von Menschen über die restliche Welt. Die Nicht-Afrikaner zweigten sich vor ca. 60 000 Jahren von den Menschen aus dem östlichen Afrika ab und besiedelten einen Großteil der Welt.

Nicht-Afrikaner unterscheiden sich von Menschen, die südlich der Sahara wohnen vor allem in genetischen Spuren, welche die Verbindungen mit Neandertalern und Denisovanern hinterlassen haben. Interessanterweise wurde nun gerade dieser genetische Beitrag unserer nächsten ausgestorbenen Verwandten, die vor nicht allzu langer Zeit und unzutreffend als tumbe, Keulen schwingende Vettern charakterisiert wurden, von den „White Supremacists“ in den USA verwendet, um abgrenzend eine überlegene weiße Rasse zu definieren. Allerdings ist der Anteil an Genen von Neandertalern und Denisovanern bei Ostasiaten und Gruppen in Ozeanien und Australien messbar höher als bei Europäern und eignet sich somit denkbar schlecht, eine, dank Neandertaler-Genen, „überlegene weiße Rasse“ zu definieren. Die zahlreichen und stets wiederkehrenden Migrationen haben zudem schon immer und lange vor den großen Entdeckungs- und Eroberungsreisen der Europäer zu Verbindungen zwischen geographisch entfernten Populationen geführt.

Anstelle von definierbaren Grenzen verlaufen zwischen menschlichen Gruppen genetische Gradienten. Es gibt im menschlichen Genom unter den 3,2 Milliarden Basenpaaren keinen einzigen fixierten Unterschied, der zum Beispiel Afrikaner von Nicht-Afrikanern trennt. Es gibt – um es explizit zu sagen – somit nicht nur kein einziges Gen, welches „rassische“ Unterschiede begründet, sondern noch nicht mal ein einziges Basenpaar.

Äußere Merkmale wie die Hautfarbe, die für die typologische Klassifikation oder im alltäglichen Rassismus verwendet werden, sind eine höchst oberflächliche und leicht wandelbare biologische Anpassung an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten. Allein die Hautfarbe hat sich im Lauf der Migrationen des Menschen immer wieder verändert und ist dunkler und heller geworden je nach lokaler Sonneneinstrahlung oder Ernährungsweise. So waren die Menschen Mitteleuropas bis vor 8000 Jahren noch stark pigmentiert und erst mit Beginn der Landwirtschaft wanderten Menschen mit hellerer Hautfarbe aus Anatolien ein. Die stark pflanzenbasierte Kost der frühen Ackerbauern bevorzugte Individuen mit hellerer Haut, um im dunklen Winter Europas genügend Vitamin D in der Haut zu produzieren. Die helle Hautfarbe der Menschen im nördlichen Europa ist jünger als 5000 Jahre.

Die Verknüpfung von Merkmalen wie der Hautfarbe mit Eigenschaften oder gar angeblich genetisch fixierten Persönlichkeitsmerkmalen und Verhaltensweisen, wie sie in der Blütezeit des anthropologischen Rassismus verwendet wurden, ist inzwischen eindeutig widerlegt. Diese Argumentation heute noch als angeblich wissenschaftlich zu verwenden, ist falsch und niederträchtig. Es gibt auch keinen wissenschaftlich nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Intelligenz und geographischer Herkunft, aber einen deutlichen mit sozialer Herkunft. Auch hier schafft Rassismus in Form von Ausgrenzung und Diskriminierung die vermeintlichen Rassen.

Der Rassismus unter den Menschen besteht jedoch weiter. Rassenforschung, Rassenkunde und Rassenhygiene bzw. Eugenik im 20. Jahrhundert als scheinbar wissenschaftliche Disziplinen waren dabei nur einige Auswüchse rassistischen Denkens und Handelns.

Eine bloße Streichung des Wortes „Rasse“ aus unserem Sprachgebrauch wird Intoleranz und Rassismus nicht verhindern. Ein Kennzeichen heutiger Formen des Rassismus ist bereits die Vermeidung des Begriffes „Rasse“ gerade in rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Milieus. Rassistisches Denken wird mit Begriffen wie Selektion, Reinhaltung oder Ethnopluralismus aufrechterhalten. Bei dem Begriff des Ethnopluralismus handelt es sich aber um nichts weiter als um eine Neuformulierung der Ideen der Apartheid. Auch die Kennzeichnung „des Afrikaners“ als vermeintliche Bedrohung Europas und die Zuordnung bestimmter, biologischer Eigenschaften stehen in direkter Tradition des übelsten Rassismus vergangener Zeiten. Sorgen wir also dafür, dass nie wieder mit scheinbar biologischen Begründungen Menschen diskriminiert werden und erinnern wir uns und andere daran, dass es der Rassismus ist, der Rassen geschaffen hat und die Zoologie/Anthropologie sich unrühmlich an vermeintlich biologischen Begründungen beteiligt hat. Der Nichtgebrauch des Begriffes Rasse sollte heute und zukünftig zur wissenschaftlichen Redlichkeit gehören. □

DOK Kommunale Politik --- --- GEGEN RASSISMUS

Ulli Jäckel, Hamburg

Kopftuchverbot ist keine Lösung im Kampf gegen Diskriminierung. Düsseldorf. Serap Güler (CDU), Staatssekretärin für Integration in NRW, fordert ein Kopftuchverbot für Kinder. Jules El-Khatib, migrationspolitischer Sprecher im Landesvorstand der Partei Die Linke in NRW, erklärt dazu: „Wenn Frau Güler das Kopftuch verbieten will, um Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen, dann setzt sie am falschen Ende an. Wenn Muslima wegen ihres Kopftuchs diskriminiert und ausgegrenzt werden, dann braucht es ein entschiedenes Vorgehen gegen antimuslimischen Rassismus und keine Entrechtung der Schüler*nnen. Darüber hinaus gibt es in NRW auch keine Notwendigkeit, da es keinen einzigen Fall gibt, in dem der Schulfrieden durch das Kopftuch gefährdet wurde. Die Debatte um Kopftücher, vor allem die Stigmatisierung sorgt dagegen für reale Ausgrenzung.“ Die Debatte um einen Kopftuchzwang kommentiert El-Khatib ebenfalls: „Wenn junge Mädchen zum Kopftuch gezwungen werden, dann muss es die Möglichkeit geben für Lehrkräfte und Pädagogen dagegen vorzugehen. Dazu bedarf es gesetzlicher Möglichkeiten und vor allem Empowermentporgramme für junge Frauen. Ein pauschales Verbot, das ebenfalls eine Art Zwang darstellt, hilft keinem einzigen Mädchen, sondern erschwert deren Situation nur.“

www.dielinke-nrw.de/presse/presseerklaerungen

Wirklich nur ein Missverständnis? Ingolstadt. Da sollen Sinti eines Platzes, den sie angemietet hatten verwiesen werden und zu Recht gibt es Nachfragen. Dann erklärt der Pressesprecher der Stadt, dass dies nur ein „Missverständnis“ sei und trotzdem wird ein neuer Platz für das Missionszelt und die dazu gehörenden Wohnmobile gesucht. Alles ein Missverständnis oder eine Standardargumentation, wenn es um Sinti und Roma geht? Begründet wird das durch die Anzahl der Wohnmobile, deren Zahl offensichtlich im Vorfeld nicht geklärt wurde. Vorwürfe werden weit von sich gewiesen. Aber es hat ein Gschmäckle. Nach wie vor steht ein Beschluss des Stadtrates an, endlich einen Platz oder eine Straße nach Hugo Höllenreiner zu benennen. Nochmal zur Erinnerung: Hugo Höllenreiner, der als Kind den menschenverachtenden medizinischen Versuchen durch KZ-Arzt Josef Mengele ausgesetzt war, konnte nur durch Zufall dem Holocaust entkommen. Er war einer von wenigen. Er lebte viele Jahre in dieser Stadt und stellte sich auch hier als Zeitzeuge zur Verfügung. Gerade an Ingolstädter Schulen war er ein gerne gesehener Gast. Die Linke hatte OB Dr. Lösel deshalb schon im vergangenen Jahr und auch in diesem dazu einen Brief geschrieben, allerdings daraufhin nie Antwort bekommen. Genau dieses Klima ist es, dass Misstrauen schürt. Es würde der Stadt Ingolstadt gut anstehen mit der Geschichte offensiv um zu gehen. Dazu gehört eine Hugo-Höllenreiner-Straße genauso, wie die Nichtvermietung von städtischen Räumen an Geschichtsrevisionisten.

www.dielinke-ingolstadt.de

Solidarität mit der islamischen Gemeinde Aschersleben! Zu Besuch bei der islamischen Gemeinde in Aschersleben waren die Landtagsabgeordneten Wulf Gallert, Monika Hohmann und Doreen Hildebrandt sowie Irene Lange, Nora Schneider und Regina Koblischke. Der Anlass war der Brandanschlag im Gebetsraum und ein Einbruch etwas später. Die Übergabe eines Spendenchecks in Höhe von 500 Euro durch die Landtagsabgeordneten sollte Ausdruck der Solidarität mit ihnen sein und erfolgte vor dem Freitagsgebet. Nach dem Freitagsgebet kam es zu einem angeregten Gespräch mit Mitgliedern der Gemeinde. Hier erfuhren wir, dass sie sich in Aschersleben wohlfühlen und es bisher keine Probleme gab. Sie sind erschrocken über den Anschlag. Der Gebetsraum muss nun wieder hergerichtet werden. Ihre Gemeinde arbeitet mit anderen islamischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt eng zusammen und diese unterstützen sich gegenseitig. Wir unterhielten uns auch kurz zu dem Thema Frauen in der Gemeinde. Die Gesprächspartner teilten uns mit, dass der OB Michelmann einen Vertreter zu der islamischen Gemeinde entsandt hatte, um sein Bedauern auszudrücken. Vonseiten des Landkreises gab es bisher keine Reaktion. Vielleicht ändert sich das ja noch…

www.dielinke-salzlandkreis.de/politik/aktuell/

Die Linke. Reinickendorf beim Interkulturellen Fußballfest zum dritten Mal dabei: Berlin. Der Verein NARUD e.V. veranstaltet jedes Jahr das interkulturelle Fußballfest, an dem rund 30 Teams aus Berlin teilnehmen. Schirmherr der diesjährigen Veranstaltung war unter anderem Integrationsstaatssekretär Daniel Tietze (Die Linke). Zum dritten Mal war Die Linke. Reinickendorf mit einem eigenen Team dabei und konnte sich mit einer Niederlage und vier Siegen in der Vorrunde für die Finalrunden qualifizieren und erreichte das Viertelfinale. Hunderte Menschen haben den sportlichen Wettkampf genutzt, um das bunte und vielfältige Miteinander zu feiern. Insgesamt ein tolles Turnier, an dem wir auch in den kommenden Jahren gerne teilnehmen werden.

www.die-linke-reinickendorf.de

VIELFALT.IN.PFORZHEIM@GMAIL.COM – PFORZHEIM-IST-VIELFALT.DE HTTPS://DIE-LINKE-PFORZHEIM.DE/

Bündnis „Pforzheim ist_ Vielfalt“: Die Linke. Kreisverband Pforzheim/Enzkreis freut sich darüber, als Gründungsmitglied der Initiative “Pforzheim ist_ Vielfalt“ beizutreten. Hier das Vielfaltsplädoyer, das die Ziele der Initiative beschreibt: „Pforzheim ist_ Vielfalt! Pforzheim ist eine Stadt, in der mehr als 50% der EinwohnerInnen einen Migrationshintergrund oder Migrationserfahrung haben. Es gibt eine große Vereinslandschaft, die sich von der Länderfreundschaft und Politik über LGBT+ bis hin zu Religion und Sport mit einem breiten Themenspektrum beschäftigt. Junge Menschen aus der ganzen Welt studieren an unseren Hochschulfakultäten, die zum Teil international bekannt sind. Wir sind eine Stadt, in der die Menschen unterschiedlichste Hintergründe haben, in der Menschen mit unterschiedlicher Sexualität und mit unterschiedlichen Religionen leben und in der Kunst, Wissenschaft und Kultur dynamisch und lebendig sind. Pforzheim und seine BewohnerInnen sind unglaublich vielseitig und das ist eine Bereicherung! Eine Stadt – viele Perspektiven: Eigentlich ist es klar: Eine Stadt, oder eine Gesellschaft, die viele Perspektiven in sich vereint, ist stärker als eine, die nur einseitig denken kann. Denn wenn verschiedene Menschen sich mit Empathie, Verständnis und Respekt begegnen, dann entstehen kreativere Ideen, bessere Projekte und ein schöneres Miteinander – und es können Ziele erreicht werden, die ohne die Perspektiven dieser Menschen nicht erreichbar gewesen wären. Trotz dieser Stärken sind wir oft gezwungen die Vielfalt zu verteidigen: Im persönlichen Gespräch, im Internet oder in der Konfrontation mit einem vermeintlichen gesellschaftlichen Konsens. Dabei geraten wir leider häufig in die Defensive. (…) Für alle, die sich mit dieser Botschaft identifizieren können, soll dieses Schreiben Aufruf und Einladung sein: Gerade in einer Zeit, in der die Politik sich zum Teil in eine andere Richtung bewegt, wollen wir klarmachen, wie wichtig die Vielfalt für Pforzheim ist und uns laut und deutlich zu ihr bekennen. Wir hoffen, dass wir dabei auf eure Unterstützung zählen können. Wir arbeiten an einer Reihe von kleinen und großen Aktionen, mit denen wir diesen Konsens stärken möchten. Wir würden uns freuen, wenn ihr euch als Firma, Organisation oder als Einzelperson daran beteiligen möchtet und diese Initiative gemeinsam mitgestaltet. □

DOK: DGB: Gegen Gewinne ohne Gewissen

Deutsche Firmen arbeiten weltweit mit Zulieferern zusammen, die Menschen- und Arbeitnehmerrechte missachten und die Umwelt zerstören. Ein breites Bündnis fordert nun von der Bundesregierung, ein Lieferkettengesetz einzuführen, damit deutsche Unternehmen ihrer Verantwortung in der Welt gerecht werden – mit dabei DGB und Verdi.

Worum geht's?

Brandkatastrophen in Textilfabriken, der Dammbruch einer Eisenerzmine in Brasilien, brennender Regenwald – für all das sind auch Akteure verantwortlich, mit denen deutsche Firmen eng zusammenarbeiten oder deren Produkte sie nutzen. Bisher müssen diese deutschen Unternehmen keine Verantwortung dafür übernehmen, wie sich ihre Geschäftspraktiken im Ausland auswirken.

Ein Bündnis von 17 Umwelt-, Menschenrechts- und kirchlichen Organisationen sowie Gewerkschaften hat die „Initiative Lieferkettengesetz" gestartet. Mit dabei: DGB und Verdi. Insgesamt unterstützen 64 Organisationen die Kampagne. Ihr Ziel: Deutsche Unternehmen sollen verpflichtet werden, auch bei Geschäften im Ausland die Menschenrechte zu achten. Ausbeuterische Arbeitsbedingungen und der Raubbau an der Natur sollen beendet werden – mit einem verbindlichen Lieferkettengesetz. Dies würde dazu führen, dass auch die Unternehmen an der Spitze der Lieferkette verantwortlich gemacht werden können, wenn ihre Auftragnehmer Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltstandards brechen – von der Rohstoffgewinnung bis zum Endprodukt.

Warum jetzt?

Vor 5 Jahren kam es zur Brandkatastrophe in der Textilfabrik „Ali Enterprises" in Pakistan. Über 250 ArbeiterInnen starben, auch weil Brandschutzbestimmungen nicht eingehalten wurden. Zu den Auftraggebern der Fabrik gehörte die deutsche Textilkette KiK. Seitdem haben deutsche Unternehmen immer wieder beteuert, sich „freiwillig" für bessere Arbeitsbedingungen in den Partnerländern einzusetzen. Nur: geschehen ist viel zu wenig. Und die Unternehmen, die sich nicht an den Bemühungen beteiligen, haben nichts zu befürchten.

Der DGB engagiert sich schon lange für ein Lieferkettengesetz, dass Unternehmen verpflichtet, ihrer Verantwortung für die ArbeiterInnen auf der ganzen Welt wahrzunehmen. Immer wieder werden im Ausland Arbeitnehmerrechte missachtet.

Was geschehen muss

Die Bundesregierung hat bisher keine gesetzlichen Regelungen vorgesehen. 2011 wurden die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet, 2016 hat Deutschland einen Nationalen Aktionsplan (NAP) vorgelegt. Darin sind zunächst keine verbindlichen Mechanismen vorgesehen, damit Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Für 2020 ist die Überprüfung des NAP vorgesehen. Im Koalitionsvertrag von 2018 heißt es: Falls die Überprüfung zu dem Schluss kommt, „dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung einsetzen".

Für die Initiative Lieferketten ist das viel zu wenig – und zu spät: Sie wollen nicht länger warten und fordern ein Lieferkettengesetz noch vor Ende dieser Legislaturperiode. Darin sollen Unternehmen verpflichtet werden, wirksame Maßnahmen zum Schutz von Menschen, ArbeitnehmerInnen und Umwelt zu ergreifen. Dazu gehört, Beschwerdemechanismen für Betroffene einzurichten, bestehende Rechtsverletzungen zu beenden und bereits entstandene Schäden auszugleichen. Sollten die Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht bewusst vernachlässigen oder nachweislich fahrlässig handeln, sollen sie sich vor Gerichten verantworten müssen.

Das Bündnis fordert

- Einen gesetzlichen Rahmen, der Unternehmen verpflichtet, auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards zu achten.
- Unternehmen dazu zu verpflichten, wirksame Maßnahmen gegen menschenrechtliche Risiken in ihren Lieferketten zu ergreifen.
- Wirksame Sanktionen: Unternehmen, die ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, müssen dafür haften. Geschädigte müssen vor deutschen Gerichten ihre Rechte einklagen können.

https://www.dgb.de/++co++ea1f346c-e377-11e9-9e2a-52540088cada

Mehr Rechte für Europäische Betriebsräte?

Thilo Janssen, Brüssel

September 2019 in Brüssel. Ein Saal voll mit über hundert Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich in Europäischen Betriebsräten (EBR) engagieren. Dem mussten sich neu gewählte Europaabgeordnete aus fünf Fraktionen stellen. „Mehr Demokratie am Arbeitsplatz" heißt die EBR-Konferenz des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Ziel der Veranstaltung: Das neue EU-Parlament soll die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen, den EU-Rechtsrahmen für Information, Anhörung und Mitbestimmung der Beschäftigten zu erneuern. Zum Beispiel wollen die Gewerkschaften die EU-Betriebsräterichtlinie verbessern. Die Richtlinie erlaubt es den Beschäftigten in transnationalen Unternehmen, einen Betriebsrat auf EU-Ebene zu gründen. Sie legt fest, dass ein EBR vor wichtigen Entscheidungen des Managements unterrichtet und angehört werden muss. Die Richtlinie wird in nationales Recht umgesetzt: Wenn ein Unternehmen seinen Hauptsitz in Deutschland hat, gilt deutsches Recht für den EBR. Dann kommt es noch darauf an, wie gut die Verhandlungen über die jeweilige EBR-Vereinbarung zwischen Beschäftigten und Management laufen. Dabei gilt: Je besser die EU-Standards, desto größer die Chance auf eine gute EBR-Vereinbarung. Derzeit gibt es rund 1.100 EBR in der EU. Viele EBR-Mitglieder klagen jedoch, dass Unternehmen systematisch ihre Rechte missachten.

Drei Beispiele: Eine Anhörung findet erst statt, nachdem das Management eine Umstrukturierung beschlossen hat. Eine Vertraulichkeitsklausel wird missbraucht, um dem EBR die wichtige Information über einen anstehenden Stellenabbau vorzuenthalten. Ein Gericht stellt fest, dass ein Unternehmen die Rechte des EBR verletzt hat – die Sanktionen sind jedoch so gering, dass das Management keinen Grund hat, sein Verhalten zu ändern.

Diese Lücken im EU-Recht müssen dringend geschlossen werden. Jetzt kommt es darauf an, dass die Gewerkschaften den Druck auf die Von-der-Leyen-Kommission aufrecht erhalten. Dafür müssen viele Verbündete im EU-Parlament gewonnen werden.

Das gesamte Programm des EGB zu „Mehr Demokratie am Arbeitsplatz":
www.etuc.org/sites/default/files/publication/file/2019-10/Brochure-Democratie%20au%20travail-DE%20NEW.pdf

Die Shipbreaking Platform

Rolf Gehring, Brüssel

Die Shipbreaking Platform ist eine 2005 gegründete Koalition von Umwelt-, Menschen- und Arbeitsrechtsorganisationen. Sie entwickelte sich schnell von einer europäischen Plattform zu einer globalen NGO, mit Aktivitäten in Indien und Bangladesch, den Hauptaktzielländern der Schiffsverschrottung. Sie wird mittlerweile von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union als kompetente NGO in dem Bereich anerkannt.

Die hier in weiten Teilen dokumentierte Pressemitteilung zeigt neben der Bekanntmachung der dramatischen tödlichen Arbeitsunfälle, die den katastrophalen Arbeitsbedingungen geschuldet sind, auch die Möglichkeiten und die Erfolge der Arbeit, die sich in Konventionen, dem europäischen Recht in Sachen Verschrottung von Schiffen und vor allem in der Kooperation von Betroffenen in den verschrottenden Ländern und Aktiven in andern Teilen der Welt entwickelt hat.

DOK „Shipbreaking Platform“, 10. September 2019

Nach Medienberichten starben kürzlich zwei Arbeiter am Schiffbruchstrand von Alang, Indien. Die Unfälle ereigneten sich auf bekannten Schrottplätzen, die in die EU-Liste der zugelassenen Schiffsrecyclinganlagen aufgenommen wurden. Am 29. Juli starb der 50-jährige Subsha Vishwakarma im Priya Blue Yard-Plot V1. Er arbeitete an einem Schiff, als ihm eine Metallplatte auf den Kopf fiel. Am 3. September verlor ein Arbeiter bei einer Explosion während der Zerspanungsarbeiten sein Leben. Kollegen, die Zeuge des tragischen Ereignisses wurden, waren nicht bereit, Informationen an Journalisten weiterzugeben. Der Unfall wird von der Polizei untersucht.

Im letzten Jahr haben mindestens 14 Arbeiter ihr Leben in den Werften der indischen Alang verloren. Die genaue Anzahl der Todesfälle ist nicht bekannt, da die lokalen Behörden keine Informationen weitergeben – darüber hinaus werden schwere Verletzungen selten registriert und Berufskrankheiten wie Krebs, Atemwegserkrankungen und Hauterkrankungen überhaupt nicht dokumentiert.

Sowohl Priya Blue als auch Shree Ram gehörten zu den ersten Werften, die von der japanischen ClassNK sogenannte „Statements of Compliance to the Hong Kong Convention“ erhielten. Sie wurden kürzlich von der Europäischen Kommission daraufhin überprüft, ob sie den Anforderungen der EU-Schiffsrecyclingverordnung entsprechen. Anfang des Jahres wurden Inspektionsberichte veröffentlicht, in denen eine Reihe von Mängeln im Zusammenhang mit den Zerlegungsvorgängen in der Gezeitenzone, der nachgelagerten Abfallentsorgung, den medizinischen Einrichtungen und dem Arbeitsrecht hervorgehoben wurden. Infolgedessen wurden die Werften trotz erheblichen Drucks seitens der Industrie nicht in die EU-Liste der zugelassenen Schiffsrecyclinganlagen aufgenommen.

Die negativen Umweltauswirkungen der Abwrackaktivitäten in Alang werden nun auch in Indien untersucht. Im August leiteten die indischen Gerichte eine Umweltprüfung der Schiffabbruchaktivitäten in Alang ein, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Auswirkungen der Strandungsmethode. ...

In den größten Schifffahrtsländern, einschließlich der EU, wäre es niemals erlaubt, eine schwere und gefährliche Industrie im Watt zu betreiben. Die zahlreichen Risiken, die mit der Zerlegung großer Schiffe verbunden sind, müssen an Standorten bewältigt werden, an denen schwere Hebekräne sicher eingesetzt werden können, Schadstoffe aufgefangen und gefährliche Stoffe gemäß den internationalen Abfallgesetzen entsorgt werden können. Die Strandplätze in Alang verfehlen diese Kriterien in jeder Hinsicht.

Quelle: https://www.shipbreakingplatform.org/fatal-accidents-at-indian-yards-under-eu-scrutiny/, Abb. ebd., Priya Blue yard in Alang, India – © Go Green Go India, 2018, Übersetzung: Rolf Gehring

Tödliche Gefahren

Asbest: Die tödliche Faser wurde und wird (in Teilen der Welt) insbesondere in Maschinenräumen und umfänglich zur Wärmeisolierung verwendet, beim Zerlegen der Schiffe freigesetzt. Geplante Entsorgung findet kaum statt, es landet auf (offenen) Mülldeponien, kontaminiert Umgebung und umliegende Gemeinden. Teils werden die Platten zum Hausbau genutzt, es gibt ebenfalls einen regen Handel mit Asbestplatten aus Altschiffen.

Mineralöl: Exposition findet über eingeatmete Dämpfe von Ölen und Kraftstoffen statt, beim Brennschneiden aller Teile, die kontaminiert sind, aber auch über den Fisch, da in einigen Gebieten die große Zahl von verschrotteten Schiffen hohe Mengen der Stoffe emittieren. Ebenfalls keine Seltenheit: Explosionen beim Brennschneiden mit Todesopfern.

Schwermetalle: In vielen Bauteilen der Schiffe finden sich Quecksilber, Blei, Cadmium, Zink oder Kupfer. Vor allem die Exposition gegenüber Blei und Quecksilber führt zu schwersten gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Bilge und Ballastwasser: Alle was durch das Schiff gegangen ist kann sich potentiell im Bilge und Ballastwasser ablagern bzw. dieses anreichern. Alle am Schiff arbeitenden Menschen sind potentiell exponiert (einatmen und über die Haut). Es wird an das umliegende Erdreich und in die Ozeane emittiert, zum Beispiel beim Reinigen noch verwendungsfähiger Tanks.

Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK): Viele Stoffe dieser Familie werden als krebserzeugend eingestuft. Beim Brennschneiden, beim Verbrennen von Farbbeschichtungen, beim Verbrennen von Abfällen oder beim Verbrennen von Öl freigesetzt.

Polychlorierte Biphenyle (PCBs): Die Stoffe (in ihrer festen Form) sind in Ausrüstungen und Materialien alter Schiffe zu finden, in Isolierungen, Farben, Decks, Dichtungen, Drähten und Kabeln. Beim Verbrennen entstehen unter anderem hochtoxische Dioxine und Furane.

Tributylzinn (TBT): Es gilt als grösste toxische Belastung für das aquatische Ökosystem, da es unter anderem die endokrinen Systeme von Schalentieren beeinträchtigt. Aber auch beim Menschen schädigen sie das Hormonsystem. Breitflächige Verwendung beim Imprägnieren von Schiffsrümpfen.

DOK: Rechte Provokationen --- --- Demokratische Antworten

Redaktionsnotizen • Zusammenfassung: Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Maßnahmepaket gegen rechte Gewalt und Bedrohungen forderte Hermann Schaus (Linke Hessen) im Landtag: „Die Analyse-Plattform Exif hat soeben eine Recherche mit Bild veröffentlicht, auf denen der mutmaßliche Lübcke-Mörder S. Ernst und sein Helfer Markus H. 2018 auf der berüchtigten AfD-Demo in Chemnitz zu sehen sind! Hierbei kam es zum Schulterschluss zwischen AfD, der rechtsterroristischen Gruppe Revolution Chemnitz, Pegida und weiteren Neonazi-Gruppen. Es kam zu pogromartigen Übergriffen auf Polizei, Presse, Einrichtungen und Geflüchtete. Dass auch noch die unter Mord- und Terrorverdacht stehenden S. Ernst und Markus H. an derselben Demonstration wie B. Höcke und G. Kubitschek teilnahmen, zeigt, wie tief die AfD im tiefbraunen Sumpf steckt. Schon 2016 soll Stephan Ernst der AfD Wahlkampfgelder gestiftet haben." Schaus machte die massive Zunahme an Gewalt und Drohungen durch die extreme Rechte in Hessen deutlich und schlug den anderen Fraktionen ein umfangreiches Maßnahmen-Paket vor ... u.a. ein Aufstocken der Präventionsprogramme, Verschärfung des Sprengstoff- und Waffenrechtes, Einrichtung einer zentralen Meldestelle und eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft gegen Internet-Hetze und vollständige Offenlegung der NSU-Akten.
(www.linksfraktion-hessen.de, 26.9.19)

AfD-Propaganda im Bundestag: Der AfD-Bundestagsabgeordnete J. König: „Unsere Top-Spitzensportler erhalten in der Regel 1200 Euro pro Monat Förderung. Dafür muss man jahrelang trainiert und Medaillen bei Olympia bzw. Weltmeisterschaften geholt haben. Ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling wird in Hessen mit einem Aufwand von 8400 Euro monatlich gefördert. Dieser Jungmigrant erhält also die siebenfache Zuwendung eines deutschen Spitzensportlers. Diese schreiende Ungerechtigkeit schürt Vorurteile, spaltet die Gesellschaft, zerstört den Zusammenhalt." Dass Spitzensportler natürlich Reisen, Trainingsanlagen, Bundestrainer etc. gestellt bekommen und sich die 1200 Euro auf die persönliche Förderung beziehen, wohingegen die 8400 Euro alle Kosten, von Unterbringung, über medizinische Versorgung bis zur Betreuung umfassen und dem minderjährigen Geflüchteten persönlich 275 Euro bleiben – will König bewusst nicht zur Kenntnis nehmen.
(G. Wiegel, Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 111. Sitzung)

Die Linksfraktion im Hessischen Landtag fordert einen unabhängigen Polizeibeauftragten

„Rechtsradikale und ausländerfeindliche Aussagen und Verhaltensweisen müssen gemeldet werden können" sagt H. Schaus.

Seit Mitte letzten Jahres kommen immer neue rechtsextreme Vorfälle innerhalb der hessischen Polizei an die Öffentlichkeit. Von der Entdeckung einer NS-Devotionaliensammlung eines Polizisten über die Aufdeckung rechter Chatgruppen bis hin zum Verdacht auf Unterstützung von Morddrohungen durch rechte Polizei-Netzwerke reicht das Spektrum. Welche Erklärungen gibt es dafür? Wie kann man dieser erschreckenden Entwicklung wirksam entgegentreten?
Uns interessiert, welche Erklärungen und Forderungen die Linke im Hessischen Landtag dazu hat. Das folgende Interview wurde mit Hermann Schaus geführt. Er ist parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, Sprecher für Innenpolitik und für Antifaschismus und ehemaliger Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss. Das Interview führte Olaf Argens, Schmitten.

Olaf Argens: Seit rund einem Jahr wird in den Medien über immer neue rechtsextremistische Vorfälle in der hessischen Polizei berichtet. Hat sich hier nach deinem Eindruck tatsächlich etwas verändert oder waren rechte Strukturen schon länger vorhanden und nur die öffentliche Wahrnehmung ist eine andere geworden? Gibt es hier eine Entwicklung?

Hermann Schaus: Dass es rechtsextreme Polizeibeamt*innen gibt, wurde schon lange vermutet, allerdings fehlten bisher entsprechende Belege. Immer wieder tauchten in der Öffentlichkeit auch Berichte zu Übergriffen von Polizeibeamten, insbesondere gegen ausländisch aussehende Personen auf, diese wurde allerdings immer als Einzelfälle abgetan. Erst durch die Ermittlungen zu den Drohfaxen aus dem Darknet, gegen die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz, wurde die Polizei auf eine Gruppe von sechs Polizeibeamtinnen und -beamten aus dem 1. Frankfurter Polizeirevier aufmerksam, die sich gegenseitig über WhatsApp regelmäßig Nazibilder und ausländerfeindliche Sprüche zuschickten. Polizisten aus dieser Gruppe fragten vor den ersten Morddrohungen gegen die Rechtsanwältin und ihre Familie, im Polizeicomputer vertrauliche Daten ab. Lange versuchte das Polizeipräsidium Frankfurt hier intern zu ermitteln und kein öffentliches Aufsehen entstehen zu lassen. Erst als die FAZ darüber berichtete, wurde uns im Landtag die Sache bekannt und es wurde eiligst eine Sonderkommission beim Landeskriminalamt gebildet, die derzeit aus über 60 Personen besteht.

Die weiteren Ermittlungen führten nahezu in allen Polizeipräsidien in Hessen zu weiteren rechtslastigen Polizeibeamten. Derzeit stehen mehr als 60 Polizeibeamte unter Verdacht. Einige von ihnen wurden bereits vom Dienst suspendiert, fünf Wachpolizisten im Angestelltenverhältnis wurden entlassen, sechs Polizeianwärter werden nicht übernommen. Die Ermittlungen gehen weiter und ich bin mir sicher, dass sie zu weiteren Personen führen werden.

O.A.: Worin siehst du die besonderen Gefahren, wenn Rechtsextremisten auch in Institutionen, Behörden, der Justiz, der Bundeswehr und eben auch der Polizei Strukturen und Netzwerke aufbauen können?

H.S.: Durch die bundesweit bekannten Fälle von Rechtsextremen in der Bundeswehr, denken wir an Franco A., der aus Offenbach stammt, an Nordkreuz oder an größere illegale Waffenlager aus Bundeswehrbeständen, werden die beängstigenden Bedrohungen durch Rechtsextreme in Deutschland greifbar.

Durch die in Hessen bekanntgewordenen Fälle wird zudem die Glaubwürdigkeit der Polizei erheblich geschädigt. Polizeibeamte sind die einzigen, die legal Gewalt anwenden dürfen (Gewaltmonopol). Wenn die Bevölkerung aber nicht mehr auf eine Unabhängigkeit der Polizei vertrauen kann, dann wird auch die Anerkennung anderer staatlicher Institutionen, wie Gerichtsentscheidungen immer öfter in Frage gestellt werden.

Zudem hat sich insbesondere durch die ständige grenzüberschreitende Rhetorik der AfD – z.B. den Nationalsozialismus als „Vogelschiss der Geschichte" zu verharmlosen – das gesellschaftliche Klima leider nach rechts verschoben. Dem müssen wir alle ständig entgegentreten!

O.A.: Die Opposition im Hessischen Landtag hat die rechtsextremistischen Vorfälle in der Polizei wiederholt aufgegriffen. Die Reaktion des Innenministers Beuth (CDU) war überwiegend abwiegelnd und beschönigend. Ihm wurde mehrfach vorgeworfen, Parlament und Innenausschuss nicht zeitnah zu informieren. Welche Konsequenzen ziehst du daraus?

H.S.: In der Tat hat der Innenminister lange versucht die Angelegenheit zu vertuschen. Erste Erkenntnisse zu der Polizeigruppe im 1. Frankfurter Revier lagen übrigens bereits vor den hessischen Landtagswahlen vor. Wäre also dies alles vor den Wahlen öffentlich geworden, dann hätte es vermutlich zu anderen Wahlergebnissen geführt; immerhin hat die schwarzgrüne

Koalition nur 1000 Stimmen mehr erreicht als die gesamte Opposition und nur eine Stimme Mehrheit im Landtag! Auch nach Bekanntwerden hat der Innenminister immer nur das im Innenausschuss bekanntgegeben, was bereits zuvor in der Zeitung stand. So mussten wir ihm in drei stundenlangen Sondersitzungen jede interessante Information einzeln und mühsam „aus der Nase ziehen". Er beruft sich formal nach wie vor auf die laufenden Ermittlungen, die angeblich gefährdet werden könnten. Wir müssen hier zusammen mit der Öffentlichkeit und den Medien den Druck erhöhen, um an den Kern der Wahrheit zu kommen. Immerhin arbeitet die Sonderkommission beim LKA weiter mit 60 Personen und das muss auch in den künftigen Jahren so bleiben.

O.A.: Die Linke im Landtag hat immer wieder gefordert, dass rechtsextremistische Vorfälle bei der Polizei konsequent disziplinarrechtlich und auch strafrechtlich verfolgt werden. Welche Erfahrungen gibt es damit? Wie lässt sich in diesem Kontext die bei der Polizei existierende „Wohlverhaltenspflicht unter Kameraden" aufbrechen? Die suspendierten Polizeibeamten aus dem 1. Revier in Frankfurt schweigen nach wie vor.

H.S.: In der Tat gibt es bei der Polizei einen sehr starken internen Zusammenhalt. Man verpfeift keinen Kollegen, selbst wenn man mit seinen Taten oder Aussagen nicht konformgeht. Wir müssen deshalb Möglichkeiten schaffen, dass auch intern, aus den Reihen der Polizei, anonym rechtsradikale oder ausländerfeindliche Aussagen und Verhaltensweisen gemeldet werden können. Dafür fordern wir schon seit Jahren die Einrichtung eines unabhängigen Polizeibeauftragten, der direkt beim Landtag angesiedelt werden muss. An ihn sollen sich auch Bürger*innen direkt wenden können. Diese Stelle muss mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden. So müssen die Mitarbeiter*innen einen direkten und uneingeschränkten Zugang zu allen Akten der Polizei und zu allen Mitarbeiter*innen erhalten. Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten des Disziplinarrechts endlich voll ausgeschöpft werden.

O.A.: Im Zuge der Aufdeckung der jüngsten Skandale wurde gefordert, dass die Auswahl und Ausbildung der Polizeianwärter verbessert werden müsse. Was heißt das genau?

H.S.: Bisher wurde fast ausschließlich bei der Personalauswahl auf das Bestehen der inhaltlichen Leistungstests, der sportlichen und gesundheitlichen Eignung geschaut. Zukünftig muss intensiver als bisher die Vergangenheit der Bewerber*innen überprüft werden. In Zweifelsfällen muss eine Ablehnung erfolgen. Die Einstellungsentscheidungen sind zudem von unabhängigen Gremien zu treffen. Zudem muss im Rahmen der Ausbildung stärker auf politische Bildung gesetzt werden. Entsprechende verpflichtende Fortbildungsangebote sollten darüber hinaus zur Regel werden.

O.A.: In Hessen wurden – wie in anderen Bundesländern auch – die Befugnisse der Polizei schon im Vorfeld von vermuteten Gefährdungstatbeständen ausgeweitet. Besteht hier nicht die Gefahr, dass rechtsextremistisch eingestellte Polizeibeamte sich das im Dienst zunutze machen (Stichwort: racial profiling), weil das Polizeigesetz hier nicht ausreichend Grenzen zieht?

H.S.: Leider ist es so, dass die Polizeigesetze – auch in Hessen – verschärft wurden. Dies erfolgte stets mit der Begründung, dass die weiteren Grundrechtseinschränkungen zur Vorbeugung vor islamistischen Anschlägen oder wegen der zunehmenden organisierten Bandenkriminalität notwendig seien. Darin sehe ich eine schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates. Rechtsextreme Polizeibeamten*innen fühlen sich dadurch bestärkt und bestätigt. Racial profiling findet leider zunehmend statt, wird aber polizeiintern weiter heruntergespielt oder sogar geleugnet. Dieses Bagatellisieren muss durch die Polizeiführungen beendet werden. Zudem müssen die jeweiligen Vorgesetzten stärker als bisher eingreifen, gegensteuern und gegebenenfalls selbst zur Verantwortung gezogen werden.

O.A.: Auf den Listen der AfD kandidieren häufig (ehemalige) Polizeibeamte. Wie agiert die AfD im hessischen Landtag zu dem Thema?

H.S.: Unter den 18 Mitgliedern der AfD-Fraktion befinden sich immerhin drei Polizeibeamte. Zu Beginn der Legislaturperiode bin ich davon ausgegangen, dass die AfD-Mitglieder sich insbesondere im Innenausschuss, mit ihren sicherheitspolitischen Positionen intensiv einbringen. Erstaunlicher Weise ist das aber bisher nicht geschehen. Sie beteiligen sich an keiner Ausschuss-Debatte und kommen stets unvorbereitet in die Ausschusssitzungen. Sie ziehen nur im Plenum ihre große Show, mit ihren ausländerfeindlichen Sprüchen ab. An sachlicher und zielorientierter Parlamentsarbeit sind sie nicht interessiert.

Rechte Vorfälle in der hessischen Polizei

August 2018: Morddrohungen gegen die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz und deren zweijährige Tochter, Unterschrift „NSU 2.0". Die RA hatte im NSU-Prozess die Hinterbliebenen des 1. NSU-Opfers, Enver Simsek vertreten.

Erst im **Dezember** wird bekannt: persönliche Daten von RA Basay-Yildiz wurden aus dem Melderegister abgerufen, eine Spur führt ins 1. Polizeirevier Frankfurt a.M. Eine polizeiinterne Chatgruppe, mit rassistischen und antisemitischen Mails fliegt auf. Innenminister Beuth (CDU) informiert weder Landtag noch die Öffentlichkeit, nicht einmal den Innenausschuss. Ab Mitte Dez. 2018 wird überregional berichtet, nun ermittelt das LKA. Die empörte Opposition im Landtag fühlt sich daran erinnert, dass der damalige hessischen Innenminister Bouffier 2006 auch Erkenntnisse über einen V-Mann am Tatort des Mordes an Halit Yozgat vor dem Landtag zurückgehalten hatte. S. Basay-Yildiz erhält weitere Drohungen auch gegen ihre Angehörigen, die erst im Januar 2019 erneut durch die Medien publik werden. Wieder informiert Beuth weder Landtag noch Innenausschuss, denn „Täterwissen zu verbreiten, schadet den Ermittlungen". Ermittler finden in Kirtorf „ein museal eingerichtetes Zimmer mit NS-/Wehrmachts-Uniformen, Fahnen, Abzeichen" bei einem Polizisten. Zwei Beamte sollen dort rechtsextreme Parolen gerufen haben.

Mitte Januar wenden sich 150 Menschen auf einer Kundgebung der DIDF-Jugend vor dem 1. Frankfurter Polizeirevier gegen strukturellen Rassismus in der Polizei. Auch in Dieburg hat eine Polizeibeamtin Informationen aus dem Polizeicomputer an die rechte Gruppe „Aryans" weitergegeben und wurde im **März** zur Zahlung von 6750 Euro verurteilt. Im Mai informiert Beuth nun über viele Untersuchungen gegen Rechtsextremisten in der Polizei. Polizisten bekommen nun häufig den Vorwurf zu hören, dass sie wohl vom Nazi-Revier in Frankfurt stammten. Es herrscht Angst vor einem Generalverdacht gegen die Polizei. Sechs Polizisten aus der Chatgruppe vom 1. Revier sind nun suspendiert, am **25. Juni** wird einer mit dem Verdacht festgenommen, an den Drohungen gegen Basay-Yildiz beteiligt gewesen zu sein. Weil die Voraussetzungen für einen Haftbefehl jedoch nicht gegeben sind, ist er weiter auf freiem Fuß. S. Basay-Yildiz erhält am **5. Juni,** kurz nach der Ermordung des RP Lübcke weitere Drohungen von NSU 2.0, die sich zu diesem Mord bekennen und drohen: „Bald bist du dran!" ...

Lektürehinweis: Das Buch **„Extreme Sicherheit – Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz"**, Hrsg. Matthias Meisner/Heike Kleffner ist am 18. Sept. 2019 erschienen. RA Seda Basay-Yildiz hat ein Vorwort dazu geschrieben.

Gegen Zensur, für Publikationsfreiheit – Spendenaufruf „Edition Mezopotamya“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freund*innen

wir rufen zu Spenden für ein Solidaritätsprojekt gegen Zensur und für die Publikationsfreiheit auf: Für die Wiederveröffentlichung von beschlagnahmten (jedoch nicht verbotenen) Büchern sind wir auf solidarische Spenden angewiesen.

Es geht um den von Bundesinnenminister Horst Seehofer verbotenen kurdischen Mezopotamien Verlag. Am 12. Februar 2019 ist der Verlag, ebenso wie der benachbarte MIR Musikvertrieb verboten worden. Beiden wird unterstellt, Unterorganisationen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein.
Der **Mezopotamien Verlag** hat Bücher in verschiedenen Sprachen zu kurdischer Geschichte, zur kurdischen Frauenbewegung, die Schriften von Abdullah Öcalan sowie Romane, ein Sprachlehr- und ein Wörterbuch, Kinderbücher usw. veröffentlicht. Außerdem hat der Verlag viele Bücher auf türkisch und kurdisch aus anderen Verlagen vertrieben, darunter viele Klassiker der Weltliteratur.
Keines der Bücher des Mezopotamien Verlags ist in der Vergangenheit in Deutschland verboten oder auch nur in irgendeiner Weise beanstandet worden. Dennoch wurden sie tonnenweise beschlagnahmt, ebenso die Bücher aus den anderen Verlagen – so dass sie für den Buchhandel und die Leser*innen nicht mehr erreichbar sind. Das werten wir als Zensur durch die Hintertür.

Die wichtigsten der deutschsprachigen Titel des Mezopotamien Verlags sollen nun als „Edition Mezopotamya“ von den drei Verlagen **Unrast** (D), **Mandelbaum** (A) und **Edition 8** (CH) neu aufgelegt und für den Buchhandel bis zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2019 wieder verfügbar gemacht werden.

Finanziert werden soll das Projekt aus Spenden.

Edition Mezopotamya | Herbst 2019

Weltweit meistbeachtetes Werk aus der Feder des Vordenkers der kurdischen Freiheitsbewegung

Abdullah Öcalan
Jenseits von Staat, Macht und Gewalt
ca. 552 Seiten
ISBN 978-3-89771-854-8 | 20.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-970-5 | 20.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-500-9 | 23.00 sFr [CH]

Erster Teil der Autobiografie der wohl weltweit bekanntesten Kurdin

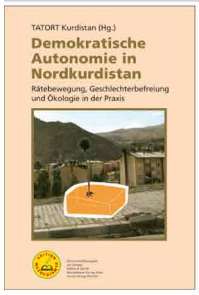
Sakine Cansiz
Mein ganzes Leben war ein Kampf
Band 1 | Jugendjahre
ca. 444 Seiten
ISBN 978-3-89771-861-6 | 20.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-973-6 | 20.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-501-6 | 23.00 sFr [CH]

Historie und Gegenwart der kurdischen Frauenbewegung

Herausgeberinnenkollektiv
Widerstand und gelebte Utopien
Frauenguerilla, Frauenbefreiung und demokratischer Konföderalismus in Kurdistan
ca. 600 Seiten
ISBN 978-3-89771-855-5 | 20.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-971-2 | 20.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-506-1 | 23.00 sFr [CH]

Teil 2: Kämpfe im Gefängnis bis zu ihrer Entlassung 1990

Sakine Cansiz
Mein ganzes Leben war ein Kampf
Band 2 | Gefängnisjahre
ca. 544 Seiten
ISBN 978-3-89771-862-3 | 20.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-974-3 | 20.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-502-3 | 23.00 sFr [CH]



Eine Erkundungsreise in den Südosten der Türkei

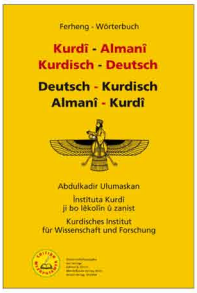
Kampagne TATORT Kurdistan (Hg.)
Demokratische Autonomie in Nordkurdistan
Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie in der Praxis
ca. 160 Seiten
ISBN 978-3-89771-856-2 | 12.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-972-9 | 12.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-507-8 | 13.80 sFr [CH]

Teil 3 der Autobiografie: Saras Jahre im bewaffneten Kampf

Sakine Cansiz
Mein ganzes Leben war ein Kampf
Band 3 | Guerilla
ca. 274 Seiten
ISBN 978-3-89771-863-0 | 16.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-975-0 | 16.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-503-0 | 18.40 sFr [CH]

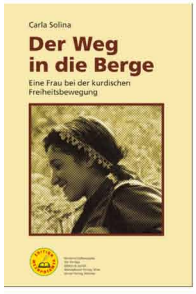
Autobiografischer Roman

Berjin Haki
Melodie der Flöte
Roman
ca. 176 Seiten
ISBN 978-3-89771-857-9 | 12.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-976-7 | 12.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-508-5 | 13.80 sFr [CH]



Mit über 25.000 Vokabeln das derzeit beste Kurdisch-Wörterbuch auf dem deutschsprachigen Buchmarkt

Abdulkadir Ulumaskan
Ferheng - Wörterbuch
hrsg. vom Kurdischen Institut für Wissenschaft und Forschung
ca. 286 Seiten | A6
ISBN 978-3-89771-866-1 | 12.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-979-8 | 12.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-509-2 | 13.80 sFr [CH]

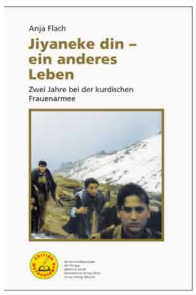


Carla Solina dokumentiert in Text und Bild das Leben »in den Bergen«

Carla Solina
Der Weg in die Berge
Eine Frau bei der kurdischen Freiheitsbewegung
ca. 428 Seiten
ISBN 978-3-89771-859-3 | 20.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-977-4 | 20.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-510-8 | 13.80 sFr [CH]

Zwei Schriften Ocalans, die den Paradigmenwechsel der Freiheitsbewegung maßgeblich beeinflusst haben

Abdullah Öcalan
Plädoyer für den freien Menschen
Urfa – Fluch und Segen einer Stadt
ca. 220 Seiten
ISBN 978-3-89771-864-7 | 14.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-980-4 | 14.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-505-4 | 16.10 sFr [CH]



Erfahrungsbericht einer deutschen Internationalistin

Anja Flach
Jiyaneke din – ein anderes Leben
Zwei Jahre bei der kurdischen Frauenarmee
288 Seiten
ISBN 978-3-89771-860-9 | 16.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-978-1 | 16.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-511-5 | 18.40 sFr [CH]

Skizze eines umfassenden Friedens im Mittleren Osten

Abdullah Öcalan
Die Roadmap für Verhandlungen
Mit einem Vorwort von Immanuel Wallerstein
ca. 152 Seiten
ISBN 978-3-89771-865-4 | 12.00 € [D]
ISBN 978-3-85476-981-1 | 12.00 € [A]
ISBN 978-3-85990-504-7 | 13.80 sFr [CH]

Spendenkonto: Verein z. Förderung kurdischer Kultur e.V. i.Gr. | IBAN: DE78 4306 0967 1011 1214 00 | **Verwendungszweck:** Edition Mezopotamya
Aus dem Buchverkauf rücklaufendes sowie ggf. überschüssiges Geld soll einem Solidaritätsfonds für die Prozesskosten des Mezopotamien Verlags und des MIR Musikvertriebs zur Verfügung gestellt werden. Denn die beiden Verlage unternehmen selbstverständlich rechtliche Schritte gegen ihr Verbot.
Quelle: https://unrast-verlag.de/news/3404-gegen-zensur-fuer-publikationsfreiheit-spendenaufruf-edition-mezopotamya, dort auch ausführlichere Beschreibungen der einzelnen Bücher, in unserer Darstellung aus Platzgründen weggelassen.

Körperschaftsstatus für islamische Religionsgemeinschaften?

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) für islamische Religionsgemeinschaften war Thema einer Fachtagung, zu der die Schura Hamburg, der *Rat der islamischen Gemeinschaften,* im September eingeladen hatte, um mit Gemeindevertretern und Interessierten zu diskutieren.

Anlass für Schura Hamburg war der in Hamburg seit 2013 bestehende Staatsvertrag: In diesem ist festgeschrieben, nach zehn Jahren Verhandlungen zu dessen Ergänzung und Änderung aufzunehmen. Von der islamischen Religionsgemeinschaft wird die Erlangung der Rechte einer KdöR angestrebt.

Vorstandsmitglied Norbert Müller betonte in der Einführung, die Schura wolle auf dem mit dem Staatsvertrag eingeschlagenen Weg der institutionellen Anerkennung islamischer Organisation als KdöR vorangehen.

Zu den Körperschaften, die erst kürzlich ihre Anerkennung erhielten, gehört der Landesverband Berlin-Brandenburg des Humanistischen Verbandes Deutschlands (HVD). Frau Karina Berg, Landeskoordinatorin Brandenburg, berichtete über ihre Erfahrungen. Auf die Frage, was die KdöR gebracht habe, antwortete sie: „Zunächst viel Arbeit." Das Anerkennungsverfahren hatte über zehn Jahre gedauert, bis 2018 die Anerkennung in Berlin und 2019 in Brandenburg erfolgte. Aber: Spürbar sei seitdem ein mehr an Prestige für den HVD. Der Körperschaftsstatus werde als ein „Gütesiegel" wahrgenommen. Es gebe einen politischen und medialen Bedeutungsgewinn. Allerdings führe die KdöR keineswegs zu einer finanziellen Besserstellung. Man finanziere sich weiterhin durch die am Einkommen orientierten Beiträge der ca. 13 000 Mitglieder sowie aus Spenden, Erbschaften und Einnahmen aus sozialen Aktivitäten. Seitens des HVD werde es ausdrücklich begrüßt, wenn auch islamische Religionsgemeinschaften wie Schura die Körperschaftsrechte erlangen würden. Es sei an der Zeit, dass auch auf dieser Ebene den Kirchen andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gleichgestellt würden.

Frau Dr. Raida Chbib, Politik- und Islamwissenschaftlerin an der Universität Frankfurt/Main, stellte in ihrem Vortrag die Entwicklung muslimischer Institutionalisierung in Deutschland dar. Es begann mit der Vereinsgründung für lokale Gebetsräume in den 1960er Jahren, es folgte die Bildung ethnisch orientierter Verbände in den Achtzigern, sodann wurden Ethnien und Rechtsschulen übergreifende Landesverbände gegründet. Nach der Jahrtausendwende kam es zur Kooperation mit dem Staat mittels Staatsverträge, Beiräten und öffentlich geförderten Projekten. Für Hamburg sah die Frankfurter Islamwissenschaftlerin ein fortgeschrittenes Stadium der Institutionalisierung. Dieses beruhe bei Schura einerseits auf einer gelungenen Einbeziehung der unterschiedlichen örtlichen Moscheevereine und andererseits auf einem entwickelten Dialog mit Politik und Gesellschaft.

Frau Prof. Gritt Klinkhammer, Religionswissenschaftlerin Universität Bremen, war Verfasserin des religionswissenschaftlichen Gutachtens über Schura zum Staatsvertrag in Hamburg, ob sie im rechtlichen Sinne eine Religionsgemeinschaft ist. Nur so waren Staatsverträge möglich. Aktuell nicht geklärt sei allerdings die Mitgliedschaftsfrage. Bei einer KdöR bedarf es verbindlicher Angaben über die Mitglieder der Religionsgemeinschaft. Eintritt und Austritt müssen rechtlich klar geregelt sein. Traditionell ordnen sich Moslems, anders als z.B. Kirchenmitglieder, nicht einer Gemeinde offiziell zu.

Herr Prof. Dr. Dr. Mathias Rohe, Universität Erlangen, ging in seinem Vortrag auf die Voraussetzungen für die Anerkennung als KdöR ein. Neben dem Bestehen einer Religionsgemeinschaft ist dies die Gewährleistung der Dauer und die Rechtstreue des Verbandes. Der Staat wolle das dauerhafte Bestehen der Verbandsstruktur gewährleitstet haben. Hierfür spiele auch das Vorhandensein notwendiger finanzieller Ressourcen eine Rolle. Auch Prof. Rohe verwies auf die Erforderlichkeit von Mitgliederlisten. Er vertrat zudem die Einschätzung, dass in einem Anerkennungsverfahren der Einfluss ausländischer Organisationen eine Rolle spiele. Wobei nicht das Bestehen theologischer Autoritäten, sondern der politische Einfluss auf die Religion kritisch gesehen würde. Er empfahl den Muslimen dringend, ihre Prozesse einschließlich interner Konflikte möglichst transparent zu gestalten. Angesichts rauer werdender politischer Auseinandersetzungen werde es zudem immer wichtiger, dass die Muslime für ihre Anliegen gesellschaftliche Verbündete gewännen.

Quelle: https://schurahamburg.de/koerperschafts-status-fuer-islamische-religionsgemeinschaften/

Siehe auch das nebenstehend empfohlene Buch der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

NEU --- NEU --- NEU

Die Linke und die Religion

Geschichte, Konflikte und Konturen

Cornelia Hildebrandt/Jürgen Klute/
Helge Meves/Franz, Segbers (Hrsg.)

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag 2019, ISBN 978-3-96488-010-9

Inhalt:

Petra Pau, Vorwort: Ausgerechnet und obendrein, S. 9

Cornelia Hildebrandt/Jürgen Klute/Helge Meves/Franz, Segbers, Einleitung: Die Linke und die Religion, S. 11

Marco, Schendel, Das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit und das ambivalente Erbe der Aufklärung, S. 29

Helge Meves, Die Linke, die Aufklärung und die Religion, S. 41

Wolfgang Fritz Haug, Karl Marx' Metakritik der Religion und Ernst Blochs »Transzendieren ins Diesseits«, S. 53

Karl-Helmut Lechner, Religion ist nicht nur Privatsache! S. 65

Ulrich Peter, Die Parteien der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zur weltanschaulichen Toleranz, S. 73

Cornelia Hildebrandt/Ilsegret Fink, Abschied von der Religionspolitik der SED, Kommentar zur religionspolitischen Erklärung der SED/PDS 1989, S. 85

Hans Markus Heimann, Das Verhältnis von Staat und Religion unter dem Grundgesetz, S. 97

Frieder Otto Wolf, Religionsbegriff und Religionskritik, Einwendungen gegen eine schiefe Debatte, S. 109

Ármin Langer, Die assimilationistischen Linken und das Feindbild des religiösen Juden, S. 119

Franz, Segbers, Der geerdete Himmel. Die christliche Hoffnung auf eine Transzendierung der Welt, S. 131

Faizan Ijaz/Saadat Ahmed, Der Islam in einer pluralistischen Gesellschaft, S. 143

Hermann-Josef Grosse Kracht, Religionsfreiheit und Religionspolitik in einer demokratischen Zivilgesellschaft, S. 155

Kolja Lindner, Wie Gott in Frankreich? Fallstricke des französischen Laizismus als emanzipatives Leitbild, S. 161

Andreas Hellgermann/Barbara Imholz, Religionsunterricht als Verbündeter im Kampf gegen neoliberale Bildung, S. 173

Erhard, Schleitzer, Arbeitsrecht in der Kirche: Arbeitgeberrecht und unvollständig von staatlichen Gesetzen abgeschrieben, S. 179

Jürgen Klute, Streitpunkt: Finanzierung religiöser und weltanschaulicher Organisationen, S. 185

Norbert Wohlfahrt, Konfessionelle Wohlfahrtsverbände, S. 191

Christine Buchholz/Cornelia Möhring, Jede Frau muss selbst entscheiden – Warum Die Linke Kopftuchverbote ablehnt, S. 197

Rainer Kessler, Theologie an Hochschulen, S. 205

Peter Bürger, Staatskirchliche Militärseelsorge als Teil der Kriegsapparatur, S. 211

Karl-Helmut Lechner, Anerkennung des Islam als »Körperschaft des öffentlichen Rechts«, S. 217

Christine Buchholz, Nachwort: Religion und Die Linke, S. 223

Herausgeber*innen und Autor*innenS. 229

1. MÄRZ 1883 BULGARIEN

Die Geburt der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien

Boyko Atanasov, Sofia

Vom 26. Juli bis 6. Dezember 1909 führten die Arbeiter der Streichholzfabrik in Kostenets einen Kampf gegen das ausländische Monopolkapital, das vom bürgerlichen Staat unterstützt wurde, um die Verteidigung ihres Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und für eine Verbesserung der ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Als die Regierung beschloss, Streichholzware aus Frankreich zu kaufen und mit dem Schiff nach Bulgarien zu transportieren, traten auch die Hafenarbeiter in Marseille aus Solidarität mit den bulgarischen Arbeitern in einen Streik und weigerten sich, die Streichholware zu verladen.

Bulgarien konnte sich 1878 von der Fremdherrschaft des Osmanischen Reichs befreien. Das Land war arm und in erster Linie ein Agrarstaat mit kaum vorhandener Industrie. Somit gab es auch keine ausgeprägte Arbeiterklasse. Vor diesem Hintergrund konnten sich die bulgarische Gewerkschaftsbewegung und ihre Organisationsstrukturen erst am Ende des 19. und den Beginn des 20. Jahrhunderts entwickeln, ohne dass sie im Land auf historische Vorbilder zurückgreifen konnte. Vorbild für den Aufbau der Gewerkschaften in Bulgarien waren die frühen deutschen sich teils noch aus den Gilden herausentwickelnden Gewerkschaften – diese Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer eines bestimmten Berufs, während un- und angelernte Arbeiter häufig nicht als Gewerkschaftsmitglieder akzeptiert wurden. So gründeten sowohl die Begrifflichkeiten als auch die organisatorischen Prinzipien auf „importierten" Erfahrungen aus dem Ausland, die dort vor allem von bulgarischen Arbeitsmigranten gemacht wurden, aber auch Arbeitern, die aus anderen Ländern nach Bulgarien gekommen sind.

Anfang 1883 wurden unter dem Einfluss tschechischer und deutscher Drucker, die in Bulgarien arbeiteten, in Sofia und Plowdiw die ersten Buchdruckervereine gegründet. Am 2. März 1883 wurde auf Initiative des tschechischen Druckers Jaroslav Sholba der Bulgarische Typographenverein ins Leben gerufen, der auf Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Österreich-Ungarn und Deutschland zurückgreifen konnte. Am Anfang waren die Gewerkschaften als Organisationen so strukturiert, dass sich Angehörige dieser Profession gegenseitig unterstützten. Die Mitglieder wurden in unterschiedliche Kategorien eingeteilt: Gründungsmitglieder, ordentliche Mitglieder, unterstützende Mitglieder und Ehrenmitglieder. Sie hatten unterschiedliche Rechte, basierend auf ihren unterschiedlichen Arbeitserfahrungen, und zahlten auch unterschiedliche Mitgliedsbeiträge. Am 1. März 1883 wurde in Plowdiw der Buchdruckerverein „Edinstvo" (Einheit) gegründet. Bereits in den 1880er Jahren gab es erste Versuche, eine nationale Lehrerorganisation ins Leben zu rufen.

1895: 1. Mai Demonstration in Shumen. **1904:** Delegierte auf dem Konstituierenden Kongress der vereinigten Arbeitergewerkschaft, Plovdiv, 21./22. Juli .**(1901 – 1903)** Streikorte in Bulgarien

Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien begann und entwickelte sich also später als in anderen europäischen Ländern, sie orientierte sich vielfach an den Erfahrungen und Traditionen ausländischer Gewerkschaften. In der Folge entwickelten sich nationale gewerkschaftliche Besonderheiten in Bulgarien. Es entstanden Gewerkschaften in jeder denkbaren Form: freie Gewerkschaften, an politische Parteien gebundene Gewerkschaften, anarchosyndikalistisch orientierte, christliche Gewerkschaften und staatliche Gewerkschaften.

Die bulgarische Gewerkschaftsbewegung war in vielerlei Hinsicht Abbild der vielfältigen Trends der weltweiten

Arbeiterbewegungen, aber auch der unterschiedlichen sozialen, politischen und ideologischen Kämpfe innerhalb des Landes. Sie war immer unter dem starken Einfluss diverser politischer Strömungen oder politischer Kräfte, deren Ziel teils auch die Unterwerfung oder Zerstörung der Gewerkschaften war.

Eine der folgenreichsten Eigenschaften der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vor der Machtergreifung der Kommunistischen Partei 1944 war ihre politisch begründete Teilung. Von Anfang an bestanden enge ideologische Bindungen an die sozialdemokratische Idee, aber nach der Spaltung der Sozialdemokratie in Bulgarien 1903 bildeten sich zwei unterschiedliche Gewerkschaftszentren. Sie gerieten unter den ideologischen und organisatorischen Einfluss der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (BRSDP) – „Enge Sozialisten" als bolschewistischer Flügel – und der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (BRSDP) – „Breite Sozialisten" als reformistischer Flügel der bulgarischen Sozialdemokratie. Im Juli 1904 wurde die Allgemeine Arbeitergewerkschaft (ORSS) gegründet. Sie orientierte sich in erster Linie an den „Engen Sozialisten" (dem bolschewistischen Flügel) und konnte das Proletariat in den Fabriken für sich gewinnen, während die im August 1904 gegründete Freie Allgemeine Arbeitergewerkschaft (SORSS) zu den „Breiten Sozialisten" (Reformisten) tendierte und sich für das so genannte „Handwerkerproletariat" stark machte. Die Auseinandersetzungen zwischen den opportunistischen Reformern und dem marxistisch-revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung haben viel Kraft gekostet, ohne überzeugendes Ergebnis. Die Existenz zweier Gewerkschaftszentren war das unvermeidliche Ergebnis der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in dem Land, beziehungsweise ihrer bedeutendsten Spaltung.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die beiden sozialdemokratischen Parteien in Bulgarien die aktivsten politischen Organisationen, die um politischen Einfluss und für eine Änderung des gesellschaftspolitischen und ökonomischen Systems kämpften. Jede hatte einen unterschiedlichen Fahrplan, und beide benutzten die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften dazu, die Massen für sich zu gewinnen und ihre strategischen Ziele zu erreichen und durchzusetzen. In dieser Zeit waren die bürgerlichen Parteien in Bulgarien mit einigen wenigen Ausnahmen nicht dazu bereit, Gewerkschaften zu gründen und zu organisieren.

Redaktionelle Überarbeitung: Eva Detscher / Rolf Gehring / Übersetzung aus dem Bulgarischen: Nordica Translations b.v.b.a., Zelazate/Belgien

Wiedergeburt der Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien 1989–1990

Der „Wind of Change" in Osteuropa erfasste auch Bulgarien und die bulgarischen Gewerkschaften. Unzufriedenheit aufgrund des sozialen und wirtschaftlichen Versagens des Systems, die aufgezwungene Änderung muslimischer Namen und die daraus folgende internationale Isolierung sowie der starke Einfluss der Ideen der „Perestroika" führten zum Aufstieg von Dissidentengruppen und -organisationen in Bulgarien.

Eine davon war „Podkrepa", gegründet von den Anhängern Dr. Konstantin Trentschews am 8. Februar 1989. Im Gegensatz zu anderen Dissidentengruppen definierte sie sich nicht als politische Organisation, sondern eher als Gewerkschaft. So wurde sie de jure die einzige legale Oppositionsgruppe, da es auch nach dem damals noch geltenden Arbeitsgesetz nicht formal verboten war, eine Gewerkschaft neben der offiziellen Einheitsgewerkschaft zu gründen. Für politische Organisationen galt diese Regelung nicht. Allerdings kümmerte sich de facto niemand um die Legitimität der Organisation. In den ersten Jahren ihres Bestehens war „Podkrepa" somit eine parapolitische Organisation, die als Gewerkschaft auftrat. Nach dem 10. November 1989 wurde „Podkrepa" eines der Gründungsmitglieder der Union Demokratischer Kräfte, aber da sich die Organisation an die Spitze der spontanen Arbeiterproteste setzte, wurde sie allmählich im Kern zu einer Gewerkschaftsorganisation, die die Rechte der Lohnarbeiter vertrat.

Gleichzeitig wurden die offiziellen bulgarischen Gewerkschaften von einer Werte- und Motivationskrise heimgesucht. Am 18. November 1989 erklärte sie ihre Unabhängigkeit von der Kommunistischen Partei Bulgariens, und im Dezember erklärte die gesamte Gewerkschaftsführung ihren Rücktritt. Es folgte die Wahl einer neuen Führung der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens mit Prof. Krastyo Petkow an der Spitze. Das wichtigste Vorhaben war die Durchführung eines außerordentlichen Kongresses, aber die Gewerkschaft musste sich ebenfalls mit Dutzenden von Streiks, den nationalen Rundtischgesprächen, den ersten Verhandlungen mit der Regierung und unterschiedlichen politischen Kräften sowie dem Austausch inkompetenter Führungskräfte an der Basis befassen. All diese Entwicklungen verhinderten nicht nur das Auseinanderbrechen der bulgarischen Gewerkschaften, sondern bereiteten auch den Boden für die Durchführung des außerordentlichen Kongresses vom 18. Februar 1990, der gleichzeitig der konstituierende Kongress für die Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens KNSB war. Damit wurde ein neues Kapitel der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung aufgeschlagen.

Die Entwicklung des bulgarischen Systems der industriellen Arbeitsbeziehungen und die Arbeit der wichtigsten Sozialpartner wurde im hohen Maße durch die Auswirkungen des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie sowie durch die neue Mitgliedschaft in der EU (Beitritt 2007) bestimmt. In der Tat entwickelte sich der soziale Dialog in Bulgarien auf einem „unbeschriebenen Blatt", da es keinerlei Traditionen, frühere Erfahrungen oder irgendeinen Rechtsrahmen gab. Trotzdem gehören zu den unbestreitbaren Erfolgen der entstehenden Demokratie im Land der Übergang von einer zentralisierten, allein vom Staat bestimmten Wirtschaft, zu industriellen Arbeitsbeziehungen auf den Grundsätzen des modernen Sozialdialogs und der sozialen Zusammenarbeit sowie der Aufbau der für den sozialen Dialog erforderlichen Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums.

Von den gewerkschaftlichen Dachverbänden KNSB und „Podkrepa" 2007 organisierter Streik der Lehrer. Quelle: KNSB: Anniversary collection „25 Jahre KNSB".

Aufgrund der besonderen Situation im Land zu Beginn des Wandels, infolge der Liberalisierung der Wirtschaft und gekennzeichnet durch zahlreiche Streiks in den Unternehmen ging es in erster Linie darum, dreigliedrige Verhandlungen zu führen und einen Rechtsrahmen für industrielle Arbeitsbeziehungen auszuarbeiten.

Inhalt

Brexit: Folgen für Irland 2

Österreich hat neugewählten Nationalrat 3

Parlamentswahlen in Polen – eine Rückkehr der Linken? 3

Jede Menge Zonen: Wie der Kreuzzug der polnischen Rechten gegen die LGBT-Community fehlschlug 4

Podemos-Abspaltung: Republikanisch-ökologisches Parteiprojekt beteiligt sich an den spanischen Parlamentswahlen im November 5

Iñigo Errejon zur politischen Ausrichtung des neuen Parteiprojekts • Das spanische Wahlsystem, Regierungsstabilität, wahltaktische Manöver

Aktionen – Initiativen: Klimaschutzgesetzgebung

Gemeinsame Erklärungen von Naturschutzorganisationen

„Sarotti-Mohr“: Die Auseinandersetzung war ein Anstoß zum Nachdenken über Alltagsrassismus … 10

„Rasse“ und „Rassische Herkunft“ im geplanten Hamburger Polizeigesetz 12

Jenaer Erklärung: Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung 13

Kommunale Politik: Gegen Rassismus 15

Kopftuchverbot ist keine Lösung im Kampf gegen Diskriminierung. Düsseldorf. • Wirklich nur ein Missverständnis? Ingolstadt. • Solidarität mit der islamischen Gemeinde Aschersleben! • Die Linke. Reinickendorf beim Interkulturellen Fußballfest zum dritten Mal dabei: Berlin. • Bündnis „Pforzheim ist_ Vielfalt“

DGB: Gegen Gewinne ohne Gewissen 16

Mehr Rechte für Europäische Betriebsräte? 16

Die Shipbreaking Platform 17

Tödliche Gefahren

Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten 18

Die Linksfraktion im Hessischen Landtag fordert einen unabhängigen Polizeibeauftragten 18

Gegen Zensur, für Publikationsfreiheit – Spendenaufruf „Edition Mezopotamya“ 20

Körperschaftsstatus für islamische Religionsgemeinschaften? 21

Kalenderblatt, 1. März 1883: Die Geburt der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien 22

Nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen, vor der Wahl in Thüringen 24

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 7. November 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 1. November. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

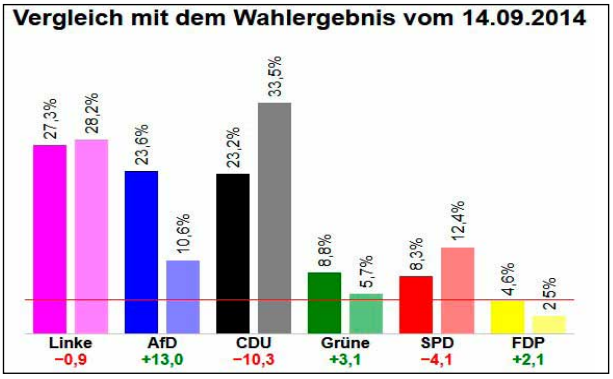
Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen, vor der Wahl in Thüringen

Ein anderes Brandenburg ist möglich!

19. September. Der Landesausschuss und der Landesvorstand der Partei Die Linke haben heute die Ergebnisse der Sondierungsgespräche mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen bewertet und Schlussfolgerungen aus der Entscheidung der beiden Parteien gezogen, Koalitionsverhandlungen mit der CDU aufzunehmen. Die Landesvorsitzenden Anja Mayer und Diana Golze erklären dazu:

„Wir wollten eine Landesregierung, die an der Seite der Mieterinnen und Mieter steht und die sich um bezahlbaren Wohnraum kümmert. Wir wollten eine Landesregierung an der Seite der abhängig Beschäftigten – mit armutsfesten Löhnen und Tariftreueregelungen, die alle Arbeitnehmer*innen erreichen. Eine Landesregierung, die Familien wirksam entlastet, durch eine vollständige Kita-Beitragsfreiheit. Eine Landesregierung, die Mobilität in allen Regionen sichert, durch den Ausbau des ÖPNV und freie Fahrt für Kinder und Jugendliche. Unser Ziel in den Sondierungsgesprächen bestand darin, gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen festzustellen, ob es eine tragfähige Grundlage gibt, in den kommenden fünf Jahren gemeinsam für ein soziales, zukunftsfähiges und nachhaltiges Brandenburg zusammenzuarbeiten. Wir waren und bleiben überzeugt davon, dass ein Rot-Grün-Rotes Bündnis die richtige und bessere Entscheidung für die Lösung der sozialen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen Brandenburgs wäre. Gleichwohl haben sich sowohl SPD als auch BÜNDNIS 90/Die Grünen gegen dieses sozial-ökologische Bündnis und für eine Zählgemeinschaft mit der CDU entschieden, die in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass sie keine Ideen und keine Kraft für die Zukunft Brandenburgs hat. Wir nehmen nunmehr die Aufgabe der Oppositionsführerschaft von links mit Selbstbewusstsein an. Wir wollen verändern.“



Thüringen: Durchschnitt der Ergebnisse der letzten drei Umfragen und Ergebnis Landtagswahl 2014, nach dawum.de

Linke Sachsen: In Verantwortung vor unserer Partei

5. September. Gemeinsame Erklärung von ParlamentarierInnen der sächsischen Linken. Der Wahlsonntag war eine bittere Niederlage für uns alle. Er stürzt nicht nur den sächsischen Landesverband in große Probleme bei Sicherstellung linker Politik vor Ort. Er ist auch existenzielle Krise unserer Partei als Ganze. Die nach dem Wahlsonntag offen ausgebrochene Personaldiskussion wird dieser Situation nicht gerecht. Die einfache Suche nach Schuldigen für dieses Ergebnis vernachlässigt die Dramatik der Lage: ein Verlust von 8,5 Prozentpunkten bei der Landtagswahl – und im ähnlichen Ausmaß bei unseren GenossInnen in Brandenburg, die unter vollkommen anderer Ausgangslage in den Wahlkampf gezogen sind –, ist nicht einfach nur mit einem Faktor zu erklären: Nicht mit Führungsstreit im Bund, nicht mit Plakaten und Flyern und nicht mit einer erst seit knapp zwei Jahren agierenden Landesspitze. Die Ursachen liegen tiefer und auch nicht nur im Landesverband.

Angesichts dessen mahnen wir dringend, die Debatte zu versachlichen. Wir können uns nicht mit einfachen Erklärungen zufriedengeben, denn dies bedeutet, ohne tiefergehende Analyse und ohne klaren Kurs in die Zukunft zu gehen. Es ist die Zeit des Zusammenrückens, nicht des Teilens angebrochen.

In diesem Sinne sehen auch wir uns in der Verantwortung, die gemeinsame Zukunft unserer Partei zu gestalten. Es steht nicht weniger auf dem Spiel als die Zukunft unserer Partei, einer existierenden linken, sozialistischen Alternative in diesem Land – nicht nur in Sachsen, sondern auch im Bund. Wir wollen solidarisch ringen, wollen Fehler aufarbeiten, gemeinsam den Kurs bestimmen, mit dem wir die Zukunft der Linken in Sachsen sichern und wieder erfolgreich werden. Dafür sollten wir uns die notwendige Zeit nehmen und danach gemeinsam darüber befinden, mit wem wir dies erfolgreich umsetzen.

In diesem Sinne kämpfen wir gemeinsam mit unseren Thüringer GenossInnen für ein erfolgreiches Abschneiden der Linken bei den anstehenden Landtagswahlen im Oktober und bereiten den Weg für einen Neuanfang der Linken – im Freistaat und im ganzen Land.